

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat, Einzelhefte 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, Einzelhefte in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inseerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 10. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Dame vom Rhein.

I.

„Der innere Beruf des Schriftstellers, sein Wahrheitsdrang, seine Vaterlandsliebe, das Streben, seinen Mitmenschen zu nützen, zur fortschreitenden Entwicklung des Menschengeschlechts beizutragen... das alles tritt gegenwärtig in den Hintergrund vor der Geldmacht und der Staatsgewalt.“ So klagte vor einem Menschenalter der ehrliche Heinrich Wuttke in seinem Buche über „Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung“.

Seit jenen Tagen ist wenig Gründliches über das deutsche Zeitungsweesen geschrieben worden. Denn wie soll man die Geschichte einer Einrichtung schreiben, deren Erscheinung für den Tag und das Vergessenwerden berechnet ist? Die kapitalistische Presse, die keinen höheren Zweck dient als denen des Geldverkehrs durch Verschleiß von öffentlicher Meinung, lebt von dem kurzen Gedächtnis ihrer Leser.

Nur hat sich Franz Dieudonné*) die Mühe nicht verdrießen lassen, die Politik der renommiertesten aller deutschen Meinungsführer, der „Kölnischen Zeitung“, nahezu durch ein Jahrhundert hindurch zu verfolgen, und es hat sich gezeigt, daß seine Arbeit der Mühe reichlich wert gewesen ist. Die „Kölnische Zeitung“ hat den Reford des berühmten Kommerzienrats der Anekdoten, der siebzig Jahre alt geworden war, und dem man doch nichts nachweisen konnte, um dreißig Jahre geschlagen. Noch vor zwei Jahren mußte ein bürgerlicher Publizist, der ihre Käuflichkeit behauptet hatte, im Gerichtssaal den Rückzug antreten. Kein Strahl von außen kann jenes System der höchsten kapitalistischen Verkügelung und Verflüchtigung in seinen letzten Fasern durchleuchten. Trotzdem nennt man sie bis zum heutigen Tage die große Dame vom Rhein oder auch noch ein wenig anders. Aus der Liste ihrer Liebhaber hat Franz Dieudonné — in seiner Art einer der alten konservativen Kampfbüchler — einen anmutigen Auszug gegeben.

Als Erben der Reize begegnen wir keinem Geringeren als Napoleon Bonaparte. Die Rücksicht auf den Fortbestand des im Jahre 1802 neugegründeten Geschäftes verlangte es. Am 1. Vendémiaire des Jahres 10 der Republik (23. September 1802) sang die „Kölnische Zeitung“ in einem Stile, wie er heute höchstens noch in der „Kreuz-Zeitung“ am Geburtstage der Kaiserin üblich ist, folgendermaßen:

Heil, Heil ihm, dem edlen großen Manne; Heil Bonaparte, der Dich, o Göttin (des Friedens!) vom Himmel her zu uns herabgeschendet.

Und ein angeklügelter Besuch des französischen Generals wird am 24. Juli 1803 mit diesen Worten begrüßt:

Herr Bonaparte ist hier wie einst im Lager seiner Waffenhelden zu Hause und wird von seinem Altan herab hier dem vor ihm im frohesten Stolz auftretenden Soldaten den Sonnenlichtschenken können.

Wie Jahre später bei dem Zusammenbruch des preussischen Junkerstaates triumphiert sie:

Ganz Deutschland ist freundlich ergeben oder unterworfen. Sachen ward von dem drückenden Joch Preussens befreit. Sein vergrößertes und von Frankreich beschütztes Gebiet ist ebenso unverlebar wie das vom Rhein.

Sie sollen ihn nicht haben, den freien französischen Rhein. Das Vordrängen der heute chauvinistischen bürgerlichen Presse vor dem... forschenden Eroberer war damals, zur Zeit seiner Herrschaft freilich allgemein üblich. Schrieb doch auch die „Münchener Allgemeine Zeitung“ im Jahre 1811:

S. M. der König von Rom geruht ohne weiteres die Krone seiner Krone anzunehmen.

Das sind dieselben Blätter, die später mit ihrer „deutschen Kreuz“ den Mund vollgenommen haben!

Napoleon ward geschlagen, die Rheinlande fielen an Preußen und schon am 5. April 1815 war die ehrliche Kölnerin in den Vollen Bereich ihres nationalen Bewußtseins gelangt. Nun waren es die Väter der nachgehorenen heiligen Alliance, deren unsterbliches Verdienst um deutsche Ehre, Freiheit und Selbstständigkeit von behenden Federern gerühmt wurde, nun war es Preußen, dessen deutscher Geist und deutscher Mut sich herrlich entfaltete, hatte, nun war Frankreich der „Erbschind des deutschen Volkes“ und von „unbegrenztem Haß“ erfüllt:

Köln blieb preussisch und die „Kölnische Zeitung“ auch. Preußen war absolutistisch und die „Kölnische Zeitung“ auch. Dann kam das tolle Jahr, und die „Kölnische Zeitung“ wurde auch toll. Noch am 1. Januar 1848 verteidigte sie den unterthänigen Landtag gegen die Angriffe der „in widerhistorischem Radikalismus befangenen“ französischen Presse. Der Vereinigte Landtag, hieß es da, könne nicht so unverständlich sein, den dargebotenen historischen Rechtsboden (des Absolutismus. D. Red.) zu verschmähen und sich auf die abschüssige Ebene der Bäckersouveränität zu stellen, um als zweite Konstituante der ersten französischen nach in den Abgrund der Revolution zu stürzen.

Aber am 18. März siegte die Revolution und die „Kölnische Zeitung“ wurde revolutionär. Am 24. März 1848 schrieb sie gegen sich selbst:

Der Tag von Jena hatte die alte Macht, die zur Ohnmacht geworden, nicht vergeblich in seinen Flammen verzehrt. Aber nach dem Vollsiege, siehe, da kamen die Weiser der alten Lage nochmals herangeschlichen, wechselten nochmals die Banner aus, und deshalb mußte, als nun abermals der neue Geist der Wahrheit, den falschen Staatsbau Europas entfallend, seinen

strafenden Umgang hielt, das falsche Banner noch einmal unter den Barrikaden Berlins sein andres, sein völlig unzweideutiges Jena finden.

Hätte die Firma Dumont geahnt, daß auch das „andre Jena“ nicht ganz „unzweideutig“ sein sollte, so hätte sie den Mund nicht so voll genommen. Vorkäufig aber schielte sie weiter in den Ausfichten des liberalen Zukunftsstaates, der nach ihrer Spekulation unmittelbar bevorstand:

Nicht mehr mit Orden und Bändern bekränzte, mit leeren Titeln geschmückte Diplomaten werden uns — die Betrogenen — vertreten, sondern Männer mit treuer Brust unter dem schlichten Kleide, mit heller Stirn und vaterländischem Herzen... werden unsere Angelegenheiten ordnen und das Glück aller als ihr höchstes Ziel betrachten.

Ja, jetzt war die Zeit „widerhistorisch radikal“ geworden, und auch die Zeitung, die mit ihrer Zeit ging, wurde „widerhistorisch radikal“. Am 1. April 1848 schrieb sie:

Ja, wir sind radikal, weil eine große Zeit große Principien fordert; weil es lächerlich ist, am Morgen nach einer Revolution, nachdem die Geschichte in einem Sprunge ein halb Jahrhundert gehemmter Entwicklungen nachgeholt hat, nach dem abgerissenen Faden von gestern ängstlich die Hand auszustrecken, um an ihm den „gemäßigten Fortschritt“ weiter zu spinnen.

Noch am 18. November 1848 spekulierte die große Firma in Revolutionsspektakeln à la hauss. „Die Krone der Hohenzollern“, schrieb sie drohend, „rollt am Abgrunde!“

Aber am 5. Januar 1849 ahnte sie schon das Kommende: Seltsame Tage aber, jene Tage des März! Die schwebelten wir da in der reinsten Begeisterung für unsere Ideale!

Die Konterrevolution hat dann freilich der Schwelgerei ein Ende gemacht, aber dafür die „Kölnische Zeitung“ von einem unangenehmen Konkurrenten befreit. Am 18. Mai 1849 wurde die „Neue Rheinische Zeitung“ unterdrückt. „Wir mußten unsere Festsung übergeben“, schreibt Friedrich Engels, „aber wir zogen ab mit Waffen und Bagage, mit klingendem Spiel und der Fahne der letzten roten Nummer, worin wir die Kölner Arbeiter vor hoffnungslosen Putschern warnten.“ Und in dieser letzten Nummer schrieb Karl Marx den vorrückenden borusischen Schlächtern entgegen:

Wir sind rücksichtslos und verlangen keine Rücksicht von Euch. Wenn die Reize an uns kommt, werden wir den Terrorismus nicht beschönigen. Aber die royalistischen Terroristen, die Terroristen von Gottes Gnaden, in der Praxis sind sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie feig, verstoßt, zweigüngig, in beiden Beziehungen ehlos.

Doch wohin sind wir geraten? Wir „schwelgen in Idealen“. Wir nehmen Abschied von dem unpraktischen Idealisten Dr. Marx, der jetzt ins Hungeregell geht, und lehren zur bewährten Firma zurück. Sie hat ihre Abonnentenzahl verdoppelt, von 9000 auf 18 000, und schreibt am 1. Januar 1850 stillvergügt, aber nicht mehr dithyrambisch, sondern in biederem Geschäftsstil:

Wir können an der Schwelle des abermaligen Jahreswechsels immer noch getroffenen Mutes hinter uns blicken und dürfen — wenn auch auf etwas veränderter Bahn — abermals mit unverzagtem „Vorwärts“ zur weiteren Fahrt uns Glück wünschen.

Mit dieser beruhigenden Aussicht sei für diesmal der Leser entlassen. So schlecht er auch in der Geschichte beschlagen sein mag, soviel ist ihm vom weiteren Verlauf dieses Heldentomans jetzt schon klar geworden: Wenn das Abgabegeld der „Kölnischen Zeitung“ fernerhin von Preußen, Franzosen, Engländern oder Kamtschadalen erobert worden ist, die „Kölnische Zeitung“ wird preussisch, französisch, englisch oder kamtschadalisch sein. Und wenn an Stelle Wilhelms II. Peter Karageorgewitsch Kaiser von Deutschland wird, so wird sie erklären, daß die Dynastie der Karageorgewitsche nicht bloß wie bis jetzt für Serbien, sondern auch für Deutschland „vom Himmel herabgeschickt“ worden sei. Es kann ihr nichts geschehen; nicht einmal aus Scham kann sie ihr Geschäft aufgeben. Sie ist und bleibt, als was sie Herr Dr. Ludwig Salomon in „Spemanns goldenem Buch der Weltliteratur“ feiert, die „Wortführerin des nationalen Geistes“!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Juli.

Das Gegenstück zum Fall Häffener.

Es wird uns gemeldet:
 Bromberg, 9. Juli. In der Fortführung der Landfriedens-Prozesse vor dem Schwurgericht wurden heute hier 15 Personen zu insgesamt 14 Jahren Zuchthaus und 17 Jahren Gefängnis verurteilt.

Nach den Schilderungen, die seiner Zeit über die Vorkommnisse beim Bauarbeiterstreik in Bromberg gegeben wurden und in Anbetracht der Thatsache, daß — außer der durch die Polizei attackierten Volksmenge — niemand zu körperlichem Schaden gekommen ist, ist das heutige Urteil wieder eines von denen, die weithin Entsetzen und Empörung erregen müssen.

Dies ist der Vorgang von Bromberg: Man verweigert Arbeitern beschiedene Forderungen, man holt lohnbrückende Vandalen herbei, man geseit diese Leute mit blankgezogenen Polizeisäbeln durch die Straßen; es kommt zur Menschenansammlung, zu scharfen Worten, die Polizei haut ein und Tugend unglücklicher Arbeiter werden wegen Landfriedensbruchs auf die Anklagebank gebracht, zu ungeheurer harten Strafen verurteilt, namenloses Unglück wird über zahlreiche arme Familien gebracht.

Häffener, der Häffener, der ein Menschenleben leichtfertig vernichtet — zwei Jahre ehrenvolle Haft auf der Festung! Arbeiter, die vielleicht straffällig sind, aber kein Menschenleben ver-

nichtet, keine Körpererschädigung begangen haben, auf Jahre ins Gefängnis und ins Zuchthaus! So will es der heutige Staat der Socialreform, der Gerechtigkeit! So betreibt die heutige Justiz die vielgerühmte „Versöhnung der Klassen“! —

Vergleiche.

Zum Prozeß Häffener wird uns von sachmännischer Seite geschrieben:

Häffner Häffener wurde für den von ihm begangenen Totschlag, wie bekannt, zu 2 Jahren 1 Woche Festungshaft verurteilt. Er hat also für seinen von rückwärts geführten, gegen einen Untergebenen gerichteten Dolchstoß die Strafe erhalten, die gewöhnlich die Duellmörder auf dem Papier bekommen.

Wie lautet nun der Militär-Strafgesetzbuch-Paragraf, dem der Häffner die ihm zu teil gewordene Mißde verdankt? Es ist der Absatz 3 des § 123, der von schweren Körperverletzungen, die Vorgesetzte an Untergebenen verüben, handelt. Er lautet:

„Ist durch die Körperverletzung der Tod des Untergebenen verursacht worden, so tritt Zuchthaus nicht unter drei Jahren, in minder schweren Fällen Gefängnis oder Festungshaft nicht unter einem Jahre ein.“

Man sieht, daß der Fall Häffener sogar als ein besonders „minder schwerer Fall“ vom Oberkriegsgericht angesehen wurde, denn dieses ging nur um ein Jahr über die gefindeste Strafe, die überhaupt möglich ist, hinaus, trotzdem der Angeklagte für einen Häffner auch noch miserabel qualifiziert war. Somit sieht es gerade so aus, als ob die militärische Laufbahn des Häffners Häffener noch keineswegs beendet sei und der Herr Häffner in ungefähr 2 Jahren als Lieutenant daherschliefen werde. Den Kenner der Verhältnisse könnte dies gar nicht überraschen, denn nach dem preussischen Militärstrafrecht ist nun einmal der Vorgesetzte ein Halbgott, während der Untergebene in manchen Beziehungen noch schlechter daran ist als der Zuchthäusler. Der Zuchthäusler braucht sich von seinem Wärter doch nicht prügeln zu lassen, sondern darf sich wehren, der Soldat aber darf einem Offizier oder Unteroffizier, der ihn ohnehin will, nicht in den Arm fallen. Und der Zuchthäusler wird sich auch wahrscheinlich über eine ihm zuditierte Strafe beschweren dürfen, ehe er sie abtut, der Soldat aber muß zuerst brummen, mag er auch noch so ungerecht bestraft worden sein, und dann erst steht ihm das „Recht“ zur Klage offen. Dem von erbitterten Soldaten zu hörenden Ausspruch „Lieber im Zuchthaus als beim Militär“ liegt somit zweifellos eine gewisse Berechtigung zu Grunde.

Das Urteil im Falle Häffener wird erst so recht zu einer Anklage gegen das preussische Militärstrafrecht, wenn man damit andere Urteile, die bei Verletzungen von Soldaten gefällt wurden, vergleicht. Besonders drastisch wirkt hier die Strafe, die der Matrose Messerschmidt vor kurzem von dem nämlichen Oberkriegsgericht, das Häffener soeben abgeurteilt hat, erhielt. Messerschmidt hatte in der Trunkenheit einem Häffner Namens Abel einen Faustschlag auf die Schulter versetzt. Dafür wurde er in erster Instanz zu 18 Monaten, vom Oberkriegsgericht Kiel aber zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Dolchstoß, den ein Vorgesetzter gegen einen Untergebenen führte und diesem das Leben kostete, wird also mit 2 Jahren 1 Woche Festungshaft geahndet, ein Faustschlag aber, den ein Untergebener einem Vorgesetzten auf die Schulter versetzt und der nicht den geringsten körperlichen Nachteil verursacht, wird mit 4 Jahren Gefängnis geahndet.

Weiter fanden im Februar dieses Jahres der Gefreite Daniel und der Dragoner Renne vom oldenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 19 vor dem Kriegsgericht der 10. Division. Sie hatten in der Silvesternacht über den Durst getrunken und insolge dessen in der Kaserne einen großen Lärm verursacht. Als Unteroffiziere ihnen Befehle, ruhig zu sein und sich zu Bett zu legen, erklärten sie, es könne sie niemand ins Bett schicken. Das Gericht sah in ihren Verfehlungen einen militärischen Aufruhr und verurteilte Daniel zu 5 Jahren 6 Monaten, Renne zu 5 Jahren 10 Monaten Gefängnis.

Vom Kriegsgericht der 3. bayerischen Division wurden im ersten Quartal dieses Jahres zwei Rekruten Namens Philipp und Langnecht wegen Fahnenflucht zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Warum aber hatten sie der Kaserne den Rücken gekehrt? Weil sie schmählich mißhandelt worden waren. Und trotzdem die hohe Strafe!

Ende Mai hatte sich vor dem Kriegsgericht der 8. Division der Artillerie Hinz ebenfalls wegen Desertion zu verantworten. Auch er war durch Mißhandlungen förmlich zur Fahnenflucht getrieben worden. Angedäht dieses Umstandes erhielt er 7 Monate Gefängnis.

Die gleiche Strafe traf den Düsseldorfser Mann Emers, der sich den Mißhandlungen, mit denen ihn ein Sergeant traktierte, durch die Flucht entzog.

Weiter hatte sich am 6. April vor dem Breslauer Kriegsgericht der Musiker Roy zu verantworten. Er hatte dem Unteroffizier Meul, der ihn ins Gesicht schlug, zu Boden warf und mit dem Fuße stieß, bei der Abwehr der Mißhandlungen einen Schlag versetzt. Dafür wurde er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Endlich sei noch an die Landwehrleute erinnert, die sich anlässlich eines Bahntransportes weigerten, in einem Viehwagen Platz zu nehmen, und dann eine telegraphische Beschwerde an Kaiser Wilhelm den Ersten sandten. Sieben Jahre wurden sie deswegen ins Zuchthaus gesperrt!

Ein Strafgesetzbuch, das solche Urteile ermöglicht, gleicht einem Januskopf, der auf der einen Seite das Gesicht einer gütig und nachsichtig lächelnden Frau, auf der anderen ein furchtbares Medusen-

*) Franz Dieudonné. Die „Kölnische Zeitung“ und ihre Wandlungen im Wandel der Zeiten. Hermann Walther, Verlagbuchhandlung. Berlin 1903.

entzigt zeigt. Das erste gilt den Vorgesetzten, das zweite aber den Soldaten. Es ist dies auch gar kein Wunder, denn das Militär-Strafgesetzbuch stammt aus den Tagen der heiligen Allianz, nämlich vom 3. April 1845. Im Jahre 1873 wurde dieser ursprünglich rein preussische Kodex für die ganze deutsche Armee übernommen. Er ist also auch eine „Erungenschaft“ der deutschen Einheit. Daß dieses Strafgesetzbuch heute noch in Kraft ist und die Militärverwaltung gar keine Miene macht, es abzu-schaffen, beweist wieder einmal den Mangel an Verständnis, mit der die Regierung den Anforderungen der Zeit gegenüber steht. Glauben denn die uniformierten Exzellenzen, daß die Soldaten das Urteil gegen den fährlich Häfener nicht als eine Mißachtung gegen sie empfinden und im geheimen darüber ihre bitteren Bemerkungen machen? Wir können uns lebhaft vorstellen, wie Mannschaften einander zuzischeln: „Unseren darf man ja um 2 Jahre Festung tofischen. An unsern liegt ja nichts.“ Und sehen die Herrschaften nicht ein, daß der Soldat von 1903 ganz anders denkt wie jener von 1845? Ja, sie merken es wohl, aber sie finden sich damit in einer geradezu löstlichen Weise ab, indem sie zum Steine erweichen ja mern, der jegliche Ersatz sei nicht mehr so wie früher. Das einzig Vernünftige wäre, dieser Wenderung Rechnung zu tragen. Statt dessen aber wird gefordert, daß der Mensch von 1903 sich nach den Vorschriften von Anno Lobot richten, also sich nach rückwärts „ent-wickeln“ soll. So aber fordert das System noch Tausende von Opfern, ehe es unter der Wucht der modernen Zeit kläglich zusammen-brechen wird. —

Die Hinterbliebenen des Wahlkampfes.

Die fleißigen Arbeiter, die in dem letzten Wahlkampf unermüdet die Socialisten mordeten, sind durch den Ausgang sicher am tiefsten betrübt worden. Wer wird den Max Lorenz, Korbmacher Fischer und Heinrich Fränkel jetzt noch für ihre Geschäft die nötigen Betriebs-mittel hergeben, nachdem ihre Betriebsamkeit so lächerlich-jämmerlich zu Schanden geworden.

Allerdings diese trauernden Hinterbliebenen können sich so leicht nicht von dem nahrhaften Gewerbe lösen. Sie wollen es nicht einsehen, daß sie gänzlich überflüssig geworden sind, daß niemand mehr an ihre Willen und Mixturen glaubt. So will Herr Max Lorenz seine „Antisocialdemokratische Korrespondenz“ weiter fortsetzen, allerdings verlangt er jetzt Bezahlung von den Abnehmern, da die Gründer wohl schwierig geworden sind. Und nun gar Herr Fränkel, Lorenz ist ein Stümper gegen Fränkel, der jetzt den Ehrgeiz hat, ein Vierpont Vorgan der Socialistenerei zu werden. Unter dem 28. Juni versendet er ein langes Cirkular an seine Gönner, in dem er für sein neues kolossales Unternehmen offene Hände wirbt.

Heinrich Fränkel ist nicht unentgelt in der Schule Eugen Richters groß geworden. Er bleibt unentgelt, und wenn ihn der Teufel bereits am Genick hat. In seinem wie in seines Meisters Sprach-schatz ist das Wort „Mißerfolg“ nicht zu finden. So beweist er denn in dem Cirkular seinen wohlhabenden Kunden, daß das Wahlergebnis in seinem tiefsten Grunde einen Sieg jener Fränkels über die „Socialen Thatsachen“ darstelle. Wenn die Socialdemokratie „nur“ 3 Millionen Stimmen und „nur“ 81 Mandate erhalten habe, so sei das ausschließlich ein Verdienst der Bürger-Fränkelschen Broschüre. Leider seien nur 2,6 Millionen von diesem Meisterwerk verbreitet worden. Es stehe fest,

„daß bei lückenloser Durchführung der Broschüren-Massen-verbreitung in allen am Kampf gegen die Socialdemokratie be-theiligten Wahlkreise die nunmehr zur Thatsache gewordene Niederlage der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht eingetreten wäre.“

Und nun beweist Herr Fränkel, daß von der Vermehrung der socialdemokratischen Stimmen um 46,2 Proz., die das Gesamt-ergebnis darstellt, nicht betroffen sei „die große Mehrzahl der-jenigen Wahlkreise, in denen die Massenverbreitung der Bürgerischen Broschüre erfolgt ist.“ Wenn die Socialdemokratie Bernburg-Göthen, Sorau-Joritz, Kottbus-Spremberg, Erlangen-Fürth, Hanau-Gelnhausen und Holzwinden-Sanderheim verloren habe, wenn verdankt das die Welt? Niemand anders als Fränkel-Würger.

Zum Beweise macht dann Fränkel eine jener Rechnungen auf, wie sie auch seine Broschüre auszeichnet. Er operiert wohlweislich nicht mehr mit der absoluten Stimmenzunahme der Socialdemokratie, wie bei der Betrachtung des Gesamtergebnisses, sondern mit den prozentualen Anteilen der Socialdemokratie an den abgegebenen Stimmen. Und da infolge der härteren Wahlbeteiligung der bürgerlichen Kreise dieser prozentuale Anteil in einigen Wahlkreisen sich geringfügig zu Ungunsten der Socialdemokratie verschoben hat, so rechnet er für 35 Wahlkreise „Wirkungen“ seiner Broschüre heraus. Zu diesen durch die Fränkelsche gebeferten Wahlkreise gehört z. B. — die Dummheit seiner Geld-geber wird nicht gering geschätzt! — Hamburg III, wo 1898 der Anteil der Socialdemokratie 57,8, 1903 aber nur 57,4 betrug. Sieht man sich die Liste der 35 guten Wahlkreise aber an, so bleiben über-haupt nur 18 Wahlkreise übrig, in denen der Prozentanteil ein wenig gesunken ist, darunter Hamburg III und Fürth-Erlangen, das von 45,8 auf 45,7 herunterging. Welch gigantischer Erfolg. In den anderen 17 Wahlkreisen aber bestand die günstige Wirkung der Broschüre darin, daß unser Anteil si e g. Selbst in Frankfurt a. O. (von 40,5 auf 45,5) und in Chemnitz (von 62,5 auf 67,1) will Fränkel mit seiner Broschüre Segen gestiftet haben.

In weiteren sieben Wahlkreisen sei allerdings der socialistische Anteil — das muß der ehrliche Fränkel zugeben! — nicht unerheblich gestiegen, blieb aber Dank der Broschüre hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurück! Schließlich seien 18 Wahlkreise zu verzeichnen, „ohne daß aus dem Wahlergebnis eine erhebliche Wirkung der ge-botenen Aufklärung erkennbar wäre.“ Hierzu gehören Berlin I, II, III und V, wo die freisinnige Volkspartei jedem Wähler den Bisch ins Haus sandte. Dennoch ist auch hier der indirekte Erfolg der Fränkelschen Aufklärung gewaltig. Wenn auch in diesen Kreisen das Wachstum der Socialdemokratie „durch bestimmte Vor-gänge begünstigt, denen gegenüber der Appell an die gesunde Vernunft wirkungslos bleiben mußte“ (z. B. der Fall Krupp!), so stünde doch außer Zweifel, daß ohne die Massenverbreitung in den un-günstigen Kreisen der dritten Gruppe „ohne jene Veranstaltung eine wahre Sturmflut des Socialismus erfolgt wäre. Diese ist nun-mehr dank unserm Vorgehen vermieden.“

Dieses Ergebnis faßt Fränkel in folgende lähne „Statistik“ zusammen:

„Die Broschüre ist, von kleinen Partien abgesehen, den Wählern in 62 Wahlkreisen zugänglich gemacht worden, wovon, wie aus obigen statistischen Nachweisen ersichtlich, 6 ein v o r z ü g -liches, 31 ein sehr gutes, 7 ein gutes Ergebnis aufzuweisen und 18 der großen Mehrzahl nach nicht die sonst in ganz Deutsch-land hervorgetretene ungeheure, sondern nur eine vergleichsweise m ä ß i g e Vermehrung der socialistischen Stimmen gebracht haben, wobei noch besondere Umstände der Socialdemokratie zu Hilfe ge-kommen sind.“

Herr Fränkel spornt dann den Eifer seiner Geldgeber durch die Enthüllung an, daß die socialdemokratische Gegenwehr gegen seinen Bisch „vermöge der vorzüglichen Organisation und der großartigen Opfertätigkeit der Socialdemokraten in mehr als 3 Millionen

Exemplaren, also in erheblich größerem Umfang als die Bürgerische Schrift verbreitet worden ist.“ Herr Fränkel irt sich um die Kleinig-keit von zwei Nullen. 30 000 Exemplare sind im ganzen von unsrer Schrift verbreitet worden, genug, um 3 Millionen Stimmen zu ge-winnen.

Nach solchen Beweisen kommt Herr Fränkel zur Hauptsache. Er bietet sich als Leiter eines wahrhaft großartigen Central-Socialisten-Schlachthauses an:

Der bezweckte Zweck erfordert die Errichtung einer Centralstelle für die Bekämpfung der Socialdemokratie

mit dem Sitz in Berlin. Diese Centralstelle wird alles bereits vorhandene sowie alles künftig erscheinende Material über die Socialdemokratie zu sammeln und mit Hilfe deselben allen, die sie bekämpfen, jede einschlägige Auskunft zu erteilen haben; die socialdemokratische Parteiliteratur wimmelt von bisher nur ganz vereinzelt ausgemuteten löstlichen Kraftstellen, Kindereien und Ungeheuerlichkeiten, die systematisch gesammelt, gruppiert und den Interessenten zur Verfügung gestellt werden müssen. Ferner werden die Vertrauensmänner der Centralstelle in den einzelnen Wahl-kreisen genaue Stenogramme der Vorträge socialdemo-kratistischer Versammlungsvredner nach Berlin einsenden, worauf den bürgerlichen Zeitungen der betreffenden Gegenden schlagende, streng sachliche Widerlegungen des wesentlichen Inhaltes der Vorträge zum kostenfreien Abdruck zugesenden. Die bemerkens-werten Artikel des „Vorwärts“ sowie der durch die social-demokratische Provinzpresse gehenden Parteiliteraturen sollen in derselben Weise kritisch zerpfückt werden. Die socialistischen Agitatoren und Zeitungsschreiber versprechen, um die Dummheit einzufangen, tagtäglich die herrlichsten Dinge, die mit den (nach Möglichkeit verschleierte) programmgemäßen Zielen und Bestrebungen der Socialdemokratie im schärfsten Widerspruch stehen; die Centralstelle wird jeden derartigen Fall vor der breitesten Öffent-lichkeit genau festzustellen und für die Aufklärung der unmittelbar beteiligten Kreise über die Unehrlichkeit der betr. Heizer zu sorgen haben. Ebenso werden die Widersprüche zwischen socialistischer Theorie und socialistischer Praxis, die sich aus den Vor-gängen und Zuständen in den Parteidruckereien, Krankenkassen, Konsumvereinen usw. manngesetzt massenhaft ergeben, in lückenloser Vollständigkeit zu sammeln und der Allgemeinheit zu unterbreiten sein. Die Thorheiten und Lächerlichkeiten der socialdemokratischen Redner im Reichstage werden mit entsprechender Beleuchtung für die gesamte bürgerliche Provinzpresse zurechtgemacht werden; der Ein-tritt zahlreicher lokaler Partei-„Führer“ dritten und vierten Ranges, darunter mancher wahrhaft grotesken Dugend-Agitatoren in den Reichstag, läßt eine reiche Ernte wunderbarer Medebülten er-warten, und man darf hoffen, daß auch in diesem Falle le ridicule tue“ (das Lächerliche tötet). Ebenso ist es notwendig, den vielfach gerabzt ungläublichen Leistungen socialdemokratischer Mitglieder von Gemeindevortretungen in eigent-lichen Fällen die weiteste Verbreitung zu geben — bisher blühen diese Beilagen meist im Verborgenen. Die Durchführung der an-gedeuteten Aufgaben setzt die Herausgabe einer regelmäßig, min-destens dreimal wöchentlich erscheinenden

Zeitungskorrespondenz

voraus, die an die in Betracht kommenden Blätter kostenfrei ab-zugehen wäre. Sodann müßte die socialdemokratische Presse mit besonderer Sorgfalt unter Beobachtung genommen werden, um die schleimigste Verächtigung der darin behufs Herabwürdigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung massenhaft aufgetischten unwahren Angaben herbeizuführen. In manchen Fällen nimmt sich ja die Staatsanwaltschaft solcher Dinge an, aber auf diesem Wege wird den Socialdemokraten entweder der Triumph der Freisprechung oder der Glorionschein des Märtyrertums ver-schaffen, in beiden Fällen also die socialistische Agitation wirksam gefördert, während der preßgesetzliche Zwang zum Abdruck von Verächtigungen in den Spalten der socialdemokratischen Blätter selbst bei ständiger, umfassender Anwendung geeignet ist, allmählich etwas Licht in die durch den socialistischen Phrosendunst ver-wirrten Köpfe zu bringen. Andre Aufgaben der Centralstelle werden sich von selbst ergeben.“

Herr Fränkel will also — vorausgesetzt daß er genügend edle Geldgeber findet — die socialdemokratische Thätigkeit für die patriotische Presse — wie er offenerzig genug selbst erklärt — „zurecht machen“. Das ist eine bescheidene Wendung für den Mäheren Anspruch: eine Centralstelle der Fälschungen zu errichten.

Wir sehen dem neuen Unternehmen mit viel Vergnügen ent-gegen. Freilich glaubt der industriöse Herr nicht recht, daß sein Ge-schäft auch nach den Wahlen noch „opfertwillige“ Gel findet. Und melancholisch schließt er seinen Beteiligungsbrief mit der ersüßtemden Frage:

„Haben die bürgerlichen Parteien noch so viel Energie und Opfertätigkeit, um die bestehende Staats- und Gesellschafts-ordnung verteidigen zu können?“ ...

Die hinterleibt ist es doch, die bestehende Staats- und Ge-sellschaftsordnung zu retten. Nichts weiter ist nötig, als daß man Herrn Fränkel für sein „Zurechtmachen“, ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen, milde Scherlein zukommen läßt.

Deutsches Reich.

Schau der weiblichen Arbeitskraft.

Die amtlichen Erhebungen über die Arbeitszeit der Fabrik-arbeiterinnen in Preußen und über die Frage der Einführbar-keit des Zehnstundentages für Arbeiterinnen liegen jetzt gesammelt vor. Die „Socials Praxis“ ist in der Lage einiges daraus mitzuteilen. Von 307 794 Arbeiterinnen über 16 Jahre, die von der Enquete erfaßt worden sind, hatten 149 137 oder 48 Proz. noch eine längere Arbeitszeit als 10 Stunden; die übrigen 247 577 hatten eine kürzere Arbeitszeit. Von den 29 amtlichen Referenten treten 16 mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß der gesetzliche Zehnstunden-tag zweckmäßig, notwendig und durchführbar sei; 7 sind bedingte Anhänger dieser Maßregel und nur 6 halten sie für unnötig, bedenklich oder undurchführbar. Ein Teil der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und zwar gerade diejenigen, in deren Bezirken die Verhältnisse am schlimmsten zu liegen scheinen, halten offenbar den Arbeitgeber-schutz noch für notwendiger als den der Arbeiter bezüg. der Arbeiterinnen. Man kann nach dem vorliegenden Material wohl sagen, daß die Verichte, welche sich für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes aussprechen, meist aus Gegenden stammen, wo die Ver-hältnisse der Arbeiter besonders dringend eine Verbesserung er-fordern. So werden, um den schlimmsten Fall herauszugreifen, im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. (also vor den Thoren Berlins) nicht weniger als 14 800 oder 63 Proz. der Arbeiterinnen länger als 10 Stunden beschäftigt. Der Herr Gewerbe-zuspektor aber zieht aus diesem standalösen Zustande nicht die Konsequenz, daß hier gesetzlich eingegriffen werden müsse im Interesse der Arbeiterinnen, sondern meint: „Die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für die Frauen wird der gesamten Tuchindustrie des Bezirks die Konkurrenz mit dem Ausland sehr erschweren, sie in

große Unkosten stürzen, wenn sie sich die Konkurrenz-fähigkeit erhalten will, und für die Arbeiterinnen einen erheblichen Ausfall an Lohn mit sich bringen.“ Der Herr Gewerbe-zuspektor hat in seinem Feuerteller für die Sache der bedrängten Fabrikanten etwas zu viel an Gründen aufgeföhren. Entweder stürzen sich die Fabrikanten wirklich in Unkosten, dann haben die Arbeiterinnen ja keinen Lohnausfall zu fürchten, oder aber sie treiben ihre den Arbeiterinnen ja schon bekannte und ge-wohnte Lohnbrüdererei auch nach Einführung des Zehnstunden-tages fort, dann werden gerade bei verkürzter Arbeitszeit und der dadurch bedingten Verringerung von Angebot an Arbeitskräften die Arbeiterinnen ihnen sicher besser als bisher entgegentreten können. Der Berliner Bericht spricht sich ver-nünftigerweise für den Zehnstundentag aus, obgleich gerade doch die Berliner, Charlottenburger, Schöneberger und Rigdorfer zc. Fabrikanten unter der Schmutzkonkurrenz ihrer Kollegen aus dem Frankfurter Bezirk besonders zu leiden haben. In Berlin und seinen Vororten werden erheblich höhere Löhne gezahlt als von der Konkurrenz in den entfernteren Gegenden der Provinz Branden-burg, nur 11 Prozent der Arbeiterinnen arbeiten länger als 10 Stunden und gerade hier konstatiert der Bericht: „Die Mehrzahl der befragten Unternehmer trägt keine Be-denken, einer solchen Aenderung zuzustimmen.“ Der Aufsicht-sbeamte für den Bezirk Breslau empfiehlt den gesetzlichen Zehnstundentag namentlich aus socialen Gesichtspunkten: „Der in dieser Herabsetzung der Arbeitszeit liegende Fortschritt ist so be-deutend und für die Kultur, Gesundheit und Sittlichkeit der ganzen Arbeiterbevölkerung auf die Dauer von so heilsamem Einfluß, daß dessen Einführung entschieden befürwortet werden kann“. Und der Beamte für Köln sagt direkt: „Die Herabsetzung des Maximal-arbeitstages für alle Arbeiterinnen über 16 Jahre auf 10 Stunden muß aus gesundheitlichen und sittlichen Rücksichten als eine Notwendigkeit bezeichnet werden.“

Wir werden auf diese Erhebungen weiter zurückkommen. Jeden-falls bestätigen sie vollauf die Dringlichkeit und Durchführbarkeit der von uns seit langen Jahren erhobenen Forderung der Herab-setzung des effizienten Frauen-Arbeitstages. Die socialdemokratische Reichstags-Fraktion trat insbesondere bei Beratung der Gewerbe-Revolle von 1890/91 eifrig für den Zehnstundentag ein; hoffen wir, daß sich die Socialreform des Reiches und der bürgerlichen Parteien nach so langen Verzögerungen endlich zur Erfüllung der dringlichen Forderung entschließt.

Ein sehr beklagenswertes Verfahren wird innerhalb des preussischen Ministeriums für Handel und Ge-werbe bei der Publikation der amtlichen Erhe-bungen zu Fragen des Arbeiter- und Arbeiterinnen-schutzes ein-geschlagen. Seit einer ganzen Reihe von Tagen werden in Blättern und Zeitdriften Auszüge und Mittelungen verbreitet aus dem amtlichen Werk über Arbeitszeit der Arbeiterinnen über 16 Jahre in Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen nach den Erhebungen der Königl. preussischen Gewerbe- Aufsicht-sbeamten und Verqbeörden im Jahre 1902“. Das Buch wird bezeichnet als „soeben in R. v. Deders Verlag, G. Schend, Königl. Hofbuchhändler, Berlin SW., er-schienen“. Verschiedene Interessenten für das Werk beschweren sich bei uns seit mehreren Tagen, daß sie vergeblich ver-sucht haben, in den Buchhandlungen dasselbe zu erhalten. Auch unsre Redaktion hat das Werk durch Vermittlung unsrer Partei-Buchhandlung längst beim Dederschen Verlag voraus-bestellt, aber wiederholt und bis zum heutigen Abend fordern wir vergeblich die Auslieferung. Das ist ein ganz standalöser Zu-stand. Es scheint, daß aus dem Ministerium für Handel und Ge-werbe Exemplare des Buches verholert worden sind und so Auszüge in verschiedene Blätter dringen, während der übrigen Publizität die Kenntnis des allgemein interessierenden Werkes und die Möglichkeit der Beisprechung vorenthalten bleibt. Es ist dringend erforderlich, daß die Ursachen dieses Mißstandes festgestellt und beseitigt werden und daß die Wiederholung in künftigen Fällen ausgeschlossen wird. —

Zum Preßpanama.

Einige Blätter fühlen jetzt das Bedürfnis, zu der Aufforderung, der Gerichtshof im Pommerbant-Prozess möge Aufklärung darüber schaffen, wer denn die journalistischen Almosen-Empfänger der Pommerbant seien. So veröffentlicht die „National-Zeitung“ fol-gende Notiz:

Mit Rücksicht auf verschiedene neue Momente, die gelegentlich des Prozesses der Pommercher Hypothekendarstellung zur Erwörterung gekommen sind, wird seitens eines Teiles der Berliner Publizität neuerdings gefordert, daß die Geheimliste der Herren Schulz und Romeid mit den wirklichen Namen der bestochenen Ele-mente zur Veröffentlichung gelange.

Bekanntlich ist diese Forderung bereits am 20. d. M. von seiten der „National-Zeitung“ erhoben worden, und wir stehen nicht an, vor Schluß des Weisewiderfahrens diese Forderung heute zu wiederholen. Wir halten ihre Erfüllung durch den Gerichtshof für einen Akt der Loyalität gegenüber der Berliner Journalistik, die ein Recht darauf hat, eine Verächtigung abzuwehren, die, so lange sie so-zufagen in Wausch und Bogen erfolgt ist, die verschiedensten un-kontrollierbaren Gerichte zu ermöglichen und das Ansehen des Gesamtstandes zu schädigen geeignet ist.

Wir glauben, daß die „National-Zeitung“ selbst in der Lage ist, zu der gewünschten Aufklärung wesentlich beizutragen. Sie mag nur in ihrem eignen Hause Umchau halten. Vielleicht entdeckt sie den sagenhaften „Dr. Destrach“, der schließlich nur ein bankmäßiger Spitz-name, kein wirklicher Name ist.

Bei der Gelegenheit sei dem Gerichte Raum gegeben, daß dem-nächst an Stelle des verstorbenen Röhner Herr Victor Hahn Chef-redakteur des national-liberalen Blattes werden soll. Herr Hahn ist gegenwärtig eine Art Direktor der „National-Zeitung“.

„Vorarbeiten“ für die Handelsverträge werden offiziös an-gekündigt, so mit Italien und Rumänien. —

Wahlrechtsminister. Die konservativen Blätter entwickeln sich immer mehr zu Specialorganen für — Wahlrechtsreform“. Ihre Wahlrechtsreform ist natürlich nicht die Befreiung der un-gerechten Wahlssysteme in den Einzelstaaten, sondern die Befreiung des einzigen, immerhin ein wenig die politische Gerechtigkeit erfüllenden Reichstags-Wahlrechts. „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ ergeben sich Tag um Tag in Anlagen gegen das Reichstags-Wahlrecht, das der „Reichs-bote“ einen „demokratischen Fremdkörper“ nennt. Es lohnt nicht, diese stets wiederkehrenden Klagen zu verzeichnen. Nur ein Moment sei heute festgehalten. Der „Reichsbote“ erklärt die „Reform“ des Reichstags-Wahlrechts gerade deshalb für nötig, weil es an Stelle der monarchischen Verfassung, einer verhängnisvollen Parteiherrschaft Herikaler oder socialrevolutionärer geliebender Massen Vorwärt leistet“. Und weiter sagt der „Reichsbote“: „Je dumpfer und gebundener die Massen sind, desto leichter unterliegen sie den Zwangswirkungen hierarchischer oder socialistischer Agitatoren im Reichsthal oder in der Werkstat.“ Die konser-vativen beabsichtigen also, das Wahlrecht so zu „reformieren“, daß zugleich Socialdemokratie und Centrum politisch entrecht werden. Es ist nicht zu leugnen, daß die konservativen Herrschaften sich große Aufgaben stellen.

Zu der Nadebeuler Geheimkorrespondenz, von der jüngst berichtet wurde, wird jetzt noch von einer zweiten, eigens zur Unterwühlung des Reichstags-Wahlrechts bestimmten Korrespondenz berichtet. Der „Tägl. Rundschau“ wird geschrieben: „Bereits seit längerer Zeit giebt ein Herr Dr. A. Giese-brecht in Deggendorf bei Hamburg in zwangloser

Reihenfolge Korrespondenzen heraus, welche die verschiedensten politischen Fragen unter dem Gesichtspunkte einer anderweitigen Gestaltung des Reichstags-Wahlrechtes behandeln und wesentlich die Befestigung des geheimen Wahlrechtes zum Ziel haben. Diese Korrespondenzen gehen an Zeitungen und Privatpersonen, besonders auch an Industrielle, bei denen die Anregungen des Dr. Giesebrecht bisher am meisten Interesse gefunden haben.

Als konservativer Landtags-Kandidat für Spandau-Osthabelland ist der Rechtsanwalt Lüdke-Spandau aufgestellt worden. War die Kandidatur nicht dem schlichten Mann Pauli versprochen?

Polizei und Ober-Verwaltungsgericht in Danzig. Der Danziger Polizeipräsident Wessel führte seit langem erbitterte Kämpfe gegen das sozialdemokratische Parteiokal in der Brobbänfengasse zu Danzig, das einzige Lokal, welches in dieser bisher liberalen Hochburg den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften zu Versammlungen zur Verfügung steht. Es wurde außerdem noch natürlich die Aushub-Polizeifunde über das Lokal verhängt. Begründet wurden diese Maßnahmen mit den im Lokal vorgenommenen Ausschreitungen und Widerstand gegen die Staatsgewalt, von denen noch heute kein Mensch weiß, wo und wann sie geschehen sind! Außerdem sollte der bekannte § 10, Titel 17, Teil II des Allgemeinen Landrechts die rechtliche Unterlage für das Vorgehen der Polizei abgeben. Gegen diese Aushebung des Versammlungsrechtes wurde von unsren Genossen der Rechtsweg beschritten und am 12. Juni dieses Jahres entschied das Ober-Verwaltungsgericht, daß der Polizeipräsident keinerlei Recht für seine drakonischen Maßregeln gehabt hat. Dieses für die Danziger Polizeiherrschaft wahrhaft vernichtende Urteil, so glaubten die Danziger Genossen, würde ihnen nach langer Zeit wenigstens wieder etwas Elbogensfreiheit im Staate der famosen „größten Rechtsgarantien“ sichern. Aber weit gefehlt! Auf eine Versammlungsanzeige zum 8. Juli er erhielt der Bevollmächtigte der Danziger Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Vereins den überraschenden Bescheid, daß die Benutzung des Lokals bis auf weiteres verboten ist und die Versammlung nicht stattfinden darf! Bei dieser Sachlage haben die Danziger Genossen gegen den Polizeipräsidenten Wessel bei der Staatsanwaltschaft wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt Strafantrag auf Grund des § 339 des Straf-Gesetzbuches gestellt und zugleich vorbeugende Maßregeln zum Schutze der Autorität des Ober-Verwaltungsgerichts und des Versammlungsrechtes gegen künftige Polizeihandlungen gefordert.

Der Parteibewegung in Danzig hat das polizeiliche Vorgehen bisher schon erhebliche Anregungen gegeben. Auch die neueste That wird uns dienen.

Majestätsbeleidigungs-Prozess. Unser Parteigenosse Dr. Lentzsch, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, wurde am Donnerstag vom Landgericht in Leipzig wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch einen Artikel über den Einzug des Königs von Sachsen am 26. März in Dresden, zu vier Monaten Festung verurteilt.

Ausland.

England.

Die Abreise des Präsidenten. Präsident Loubet ist Donnerstagvormittag wieder abgereist. Der König war am Bahnhof. „Daily Telegraph“ sagt: Das Ergebnis des Besuchs König Eduards in Paris und desjenigen des Präsidenten Loubet in London ist, daß eine Atmosphäre der Ausgleichung und des gegenseitigen Entgegenkommens geschaffen ist. In vollem Ernst, ohne Neerwe oder Uebertreibung behaupten wir, daß zur Zeit keine Schwierigkeit zwischen uns und Frankreich denkbar ist, die nicht auf die ehrenvollste und befriedigendste Weise geregelt werden könnte.

Niederlande.

Die Zuckersteuer. Die zweite Kammer gab in ihrer letzten Sitzung vor den Sommerferien der Brüsseler Zuckerkonvention ihre Zustimmung. Eine längere Debatte rief ein Amendement unres Parteigenossen Schap er hervor, wonach die Bestimmungen über die Höhe der Verbrauchssteuer auf Zucker vor dem 1. September 1903 einer Revision unterzogen werden sollten. Das Amendement wurde mit der Abänderung, daß statt 1005 1906 gesetzt wurde, mit 42 gegen 23 Stimmen angenommen. Dieser Kammerbeschluss wird jedenfalls dahin wirken, daß die Frage der Herabsetzung oder Aufhebung der Zuckersteuer in absehbarer Zeit wieder erörtert werden muß und der künstlichen Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels ein Ziel gesetzt werden kann.

Serbien.

Belgrad, 9. Juli. „Beogradské Robine“ melden, der schwerverwundete Minister des Innern des Kabinetts Jinar Karlowitsch, Welimir Teodorowitsch, beabsichtigt, gegen seine Angreifer in der Nacht vom 11. Juni die Anklage wegen versuchten Mordes zu erheben.

Türkei.

Konstantinopel, 9. Juli. Hier war das Gerücht verbreitet, daß die Pforte Bulgarien den Krieg erklärt hätte. Die amtlichen türkischen Kreise dementieren auf das entschiedenste das Gerücht, welches an der Börse zu Spekulationszwecken verbreitet worden sei.

Griechenland.

Athen, 9. Juli. Der König hat Kalli beauftragt, ein neues Kabinett zu bilden. Kalli hat eine Frist von zwei Tagen verlangt, um ein Kabinett im delphianischen Sinne zu stande zu bringen.

Asien.

Japanisch-russische Konflikte. Die „Times“ meldet aus Tokio vom Mittwoch: Die Russen legten das Kabel von An-tung nach Jangnanpo durch den Japhilfluß, ohne Korea zu befragen. Japan erhob hiergegen Einspruch, da Korea an ein Uebereinkommen gebunden sei, keiner fremden Macht eine Bevorzugung hinsichtlich einer Telegraphenlinie einzuräumen, die japanische Interessen berühre. Japan dringt auf die Deckung des Hafens Wi-ju. Korea macht geltend, daß Russland dem entgegen sei. Japan erwiderte, ein solcher Einwand Russlands sei vollkommen hinfällig, da die entscheidende Macht allein Korea sei.

Streifzüge durch das Wahlfeld.

3 008 377 sozialdemokratische Stimmen!

Am Donnerstagnachmittag veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ endlich das vollständige amtliche Resultat der Wahlen; allerdings so unübersichtlich wie möglich und ohne jede Verarbeitung.

Wir haben aus Grund dieser Veröffentlichung die für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen zusammengerechnet und haben die obige Ziffer ermittelt.

Im einzelnen verteilen sich die sozialdemokratischen Stimmen wie folgt, wobei in Klammern die Ziffern von 1898 hinzugefügt sind:

Preußen.

Provinz Ostpreußen 55 276 (45 644), Westpreußen 20 207 (11 190), Berlin 218 238 (155 411), Brandenburg 243 642 (161 507), Pommern 55 353 (38 948), Posen 7982 (4586), Schlesien 174 629 (124 117), Sachsen 194 461 (147 610), Schleswig-Holstein 100 810 (81 940), Hannover 129 812 (98 286), Westfalen 139 612 (76 779), Hessen-Nassau 93 546 (73 984), Rheinprovinz 205 035 (111 056). Preußen Sa. 1 647 603 (1 141 958).

Bayern.

Oberbayern 61 945, Niederbayern 4908, Pfalz 37 580, Oberpfalz 5435, Oberfranken 29 256, Mittelfranken 47 974, Unterfranken 15 111, Schwaben 10 198.

Bayern 212 506 (128 215), Sachsen 441 764 (299 190), Württemberg 90 743 (62 452), Baden 72 300 (50 325), Hessen 68 834 (48 942).

Mecklenburg-Schwerin 49 778 (42 008), Sachsen-Weimar 26 247 (18 457), Mecklenburg-Strelitz 6306 (4872), Oldenburg 17 071 (11 012), Braunschweig 36 889 (26 272), Sachsen-Meiningen 16 681 (12 193), Sachsen-Altenburg 18 695 (14 143), Sachsen-Koburg-Gotha 10 290 (6 842), Anhalt 27 672 (23 548), Schwarzburg-Sondershausen 5237 (4700), Schwarzburg-Rudolstadt 8742 (6638), Waldeck 18 261 (12 044), Schaumburg-Lippe 2310 (1237), Lippe 3719 (1973).

Habek 11 155 (9729), Bremen 25 076 (18 636), Hamburg 100 112 (82 129).

Elbisch-Lothringen 68 297 (51 990).

Das Deutsche Reich 3 008 377 (2 107 076).

„Wiederum unterlegen!“ Das war das Facit des Stichwahlkampfes im Kreise Kassel-Melsungen. „Diesmal aber zum letztenmal!“ sagte jeder hinzu, der in unserm Lager an diesem gewaltigen Ringen teilgenommen. In der Hauptwahl standen sich drei in Betracht kommende Kandidaten gegenüber, welchen sich noch eine ultramontane und eine nationalliberale Jährländatur zugesellten. Das „honetete“ Bürgerium der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen hatte sich, so wird uns aus Kassel geschrieben, auf den alten, eine politische Null darstellenden liberalen Landtags-Abgeordneten Gutsbehrer Weinbauer-Kollmarshausen geeinigt. Der Bund der Landwirte hatte den antisemitischen Neuling Amtsdirektor Lattmann-Schmalzladen auf den Schild erhoben, dem auch die Stimmen des Mittelstandes und zahlreicher Unterbeamten zufließen, und die Sozialdemokratie trat für den Schriftsteller Thiel-Kassel ein, welcher auch schon im 18er Wahlkampfe kandidiert hatte. Letzterer hatte noch von seiner früheren Redaktionshätigkeit am Kasseler „Volksblatt“ her eine siebenmonatliche Gefängnisstrafe wegen Pfarerbeleidigung zu verbüßen, welche erst am 17. Mai zu Ende war, und konnte daher erst vier Wochen vor dem Hauptwahl-Termin persönlich in den Wahlkampf eingreifen. Der Antisemit dagegen hatte während dieser ganzen Zeit die ländlichen Orte bereist und konnte von sich sagen: „Ich habe jedem ländlichen Wähler die Hand gedrückt!“ Weinbauer hatte seiner Zeit im preußischen Abgeordnetenhaus für Erhöhung der Volksschullehrer-Gehälter gestimmt, diese Erhöhung aber in seinem eignen Wohnorte Kollmarshausen mit Erfolg lange Zeit zu hintertreiben verstanden und als Thiel diese „politische Moral mit doppeltem Boden“ in einer großen reichstreuem Wählerversammlung in Spangenberg schounglos aufdeckte und entsprechend geißelte, war Weinbauer politisch tot und fiel mit wenig Stimmen gegen den Antisemiten bei der Hauptwahl ab, so daß dieser letztere mit Thiel in die Stichwahl kam. Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhielt unser Kandidat 14 548 Stimmen von überaupt abgegebenen 30 910 gültigen, so daß ihm an der absoluten Majorität noch 912 Stimmen fehlten. In der 18er Hauptwahl waren 10 357 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden — es war also ein Zuwachs von 4191 Stimmen zu verzeichnen. Zur Stichwahl nun waren alle bürgerlichen Parteien, die sich vorher auf die ruppigste Weise gegenseitig belächelt und beschimpft, dank der hinter den Coulissen entfalteten emigen Tätigkeit des Nationalen Reichs-Wahlverbandes ein Herz und eine Seele. Der Antisemit, vorher als von niemand gerufener Eindringling angeprochen, war der „Retter des Vaterlandes“ geworden! Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, davon kann sich der Fernstehende beim besten Willen kein richtiges Bild machen — selbst die kypigste Phantasie wird noch immer hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Selbst unsere Genossen suchte man zu verwirren, indem man erklärte, der Parteivorstand wolle von der Kandidatur Thiels überhaupt gar nichts wissen, weil andernfalls sicher Vebel oder Singer als Redner hergekommen wären! Im letzten antisemitischen Flugblatt wurde Thiel denn auch persönlich wegen seiner Strafen auf das rüpelhafteste angegriffen. Was aber auf dem Lande geschah, das hört sich an wie ein Kapitel aus irgend welchem Räuberroman. Bürgermeister, Pfarer, Lehrer und sonstige „Respektspersonen“ dienten als stumpfste Wahlmacher für den Antisemiten. Ja, sogar die Rabbiner empfahlen ihren jüdischen Glaubensgenossen die Wahl des Antisemiten als „das kleinere Uebel!“ Auf dem Lande ist dieser sehr zweischneidige „gute Rat“ denn auch durchgängig befolgt worden, während der jüdische Mittelstand in Kassel und Melsungen für Thiel gestimmt hat.

Ueber alle Wahlen erdramatisch hat sich der hiesige „Freisinn“ Richterlicher Couleur benommen, zusammen mit den Ultramontanen. Laut Beschluß des sozialdemokratischen Provinzial-Wahlkomitees traten unsere Genossen in Waldeck-Pyrmont, die dort das Jünglein der Wege bildeten, geschlossen für den freisinnigen Kandidaten ein, dem sie auch richtig zum Siege über den agrarischen Brotwucherer und Ueberzöhlner verhelfen, aber trotzdem litt es der Kasseler „Fortschritt“, daß durch anonyme Inserate der „Freisinn“ vor den antisemitischen Karren gespannt wurde. Auch die Ultramontanen wählten lieber den Antisemiten, der sich ausdrücklich gegen die Aushebung des Jesuitengesetzes erklärt hatte, als daß sie sich der Wahl wenigstens enthalten hätten. Desgleichen sind die Mitglieder der heftigsten Rechtspartei in den Ortshäusern des Melsunger Kreises (mit Ausnahme der Kreisstadt höchstens) beinahe Mann für Mann für den Antisemiten eingetreten. So kam es denn, daß am Stichwahltag der antisemitische Agent vom Bunde der Landwirte, Amtsdirektor Lattmann, es von 7778 auf 16 703 Stimmen brachte, während unser Genosse Thiel mit 15 813 Stimmen in der Minorität blieb. In diesen gibt auch noch die außerordentlich hohe Ziffer der in der Stichwahl für ungültig erklärten Stimmen: 257. Ein kleiner Fettschmalz und verglichen genügt. Durchgängig waren es Stimmen für Thiel. So haben uns denn von den für gültig erklärten 32 518 Stimmen nur noch 446 an der absoluten Majorität gefehlt! In Anbetracht der ständischen Wahlbeeinflussungen wird unsre Seite ein Wahlerfolg in die Wege geleitet.

Ueber die Wahlen in Sachsen seit 1893 macht das offizielle „Dresdener Journal“ statistische Angaben, aus denen die „Leipziger Volkszeitung“ folgendes entnimmt: Danach betrug die Zahl der Wahlberechtigten im Jahre 1893 744 204, 1898 822 050 und 1903 909 798. Die Zahl der Wahlberechtigten hat also von einer Wahl zur andern um rund 80 000 zugenommen. In den drei Jahren wurden insgesamt 592 435, 604 848 und 750 798 Stimmen abgegeben. Obgleich also die Wählerzahl um rund 80 000 zugenommen hat, sind 1898 doch nur 12 000 Stimmen mehr abgegeben worden als 1893. Prozentual ist die Zahl der abgegebenen Stimmen von 7,6 im Jahre 1893 auf 73,5 im Jahre 1898 zurückgegangen. 1903 machten dagegen rund 150 000 Wähler mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch als 1898; der Prozentsatz stieg von 73,5 auf 82,5. In diesen Zahlen drückt sich das außerordentliche Interesse bei den diesjährigen Wahlen aus. Auf die sozialdemokratischen Kandidaten vereinigten sich bei den drei Wahlen 270 654, 299 190 und 441 764 Stimmen; die Stärke der sozialdemokratischen Wählererschaft ist aber nicht nur absolut, sondern auch relativ gewachsen, denn 1893 vereinigten die Sozialdemokratie 45,7, 1898 49,5 und 1903 58,9 Proz. der abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten. Der procentuale Anteil der Kartellparteien ist jedoch überall, also trotz der gegen früher bedeutenden stärkeren Wahlbeteiligung, zurückgegangen. Die Konservativen zählten 1893 21,4, 1898 15,1 und 1903 11,4 Proz. der abgegebenen Stimmen für ihre Kandidaten. Bei den Nationalliberalen sind die entsprechenden Ziffern 7,5, 14,7 und 14,7. Gegen 1898 hätten sie also keinen Rückgang zu verzeichnen. Den Nationalliberalen sind aber die 1898 für den Bezirksbesitzer Uhlmann abgegebenen 13 000 Stimmen zuzugählen, die in der Tabelle als gemäßigt-liberal aufgeführt werden. Die nationalliberale Stimmenzahl war also 1898 größer, als sie in der Tabelle angegeben ist (89 000 + 13 000 = 102 000), infolgedessen war auch der Prozentsatz 1898 höher als 14,7. Es ist also auch der procentuale Anteil der Nationalliberalen 1903 an der Gesamtstimmenzahl zurückgegangen. Bei den Antisemiten betragen die entsprechenden Prozentsiffern 16,5, 12,1 und 9,8. Die Frei-

sinnigen erzielten zwar 1903 eine größere Stimmenzahl als 1898, aber das Prozentverhältnis hat sich doch zu ihren Ungunsten verschoben. Für die Freisinnigen wurden nämlich abgegeben 1898 30 203 Stimmen oder 5,1 Proz., 1898 15 413 oder 2,5 Proz. und 1903 31 889 oder 4,3 Proz.

Partei-Nachrichten.

Polizeipräsident a. D. v. Hergenbahn, einer der stumpfsten Wälzlinge gegen die Sozialdemokratie, ist in Frankfurt a. M. gestorben. Die Frankfurter „Volksstimme“ widmet ihm folgenden Nachruf: Hergenbahn hat sich durch sein brutales Auftreten während des Sozialistengesetzes einen berüchtigten Namen gemacht. Wie viele Polizeimänner der damaligen Zeit, so sah auch er seine Hauptaufgabe darin, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken und jeden verdächtigen Sozialdemokraten zu verfolgen. Freilich hatte er dabei wenig Glück. Gerade infolge der Hergenbahnschen Polizeihandlungen schlossen sich die Frankfurter Arbeiter um so fester zusammen und schlugen dem Polizeipräsidenten und seinen Organen manches Schnippen. Nur einmal war seine Schnüffelrei von Erfolg gekrönt: durch den Prozeß wegen Vergehen gegen das Sozialistengesetz gegen Prinz-Fürst, Kallgrube, Heinrich Schmidt, Jos. Huber (jetzt in Ludwigshafen) und mehrere andre Genossen. Nach wochenlanger Haft wurden sie zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen wegen Geheimbündelei und Verbreitung des Zirkels „Sozialdemokrat“ verurteilt. Die Folge war dann die berüchtigte Ausweisung dieser und einer Reihe anderer Genossen aus Frankfurt a. M. am Weihnachtsabend des Jahres 1886. Diese brutale Verfügung am Abend des „Festes der Liebe“ rief damals in ganz Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervor. Jene That hat ihm die Arbeiterschaft niemals verziehen. Als später einmal Hergenbahn zum Landtag kandidierte, wurde ihm in jeder Versammlung die Brutalität unter dem Sozialistengesetz von den Arbeitern vorgeworfen. Auch sein Schwiegersohn, Herr Justizrat Dr. Döwst, bekam bei seinem Kandidieren für die Reichs- wie für die Landtagswahlen früher oft die Härten seines Schwiegersohnes zu hören. In seine Polizeikarriere fällt auch der Prozeß Viedle wegen der angeblichen Ermordung des Polizeirats Rumpf. Auch in jenem Prozeß hat Hergenbahn eine keineswegs beneidenswerte Rolle gespielt. Als es mit dem Sozialistengesetz auf die Reize ging, war auch der Stern Hergenbahns verblüht. Er mußte vom Schauplatze seiner unruhigen Tätigkeit abtreten und war seitdem ein vergessener Mann. Nun hat auch er dem Tod seinen Tribut zollen müssen. Die Sozialdemokratie aber sieht heute in Frankfurt mächtiger denn je da.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Formularmäßiger Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während der Wahlbewegung.** In Falkenhagen im Wahlkreise Potsdam-Ost-Habelland sollte am 15. Februar 1903 eine Volksversammlung unter freiem Himmel auf einem an der Peripherie des Orts gelegenen Gartengrundstück stattfinden, wo der sozialdemokratische Kandidat Dr. Karl Liebknecht über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wollte. Der Amtsvorsteher verbot aber die für Versammlungen unter freiem Himmel erforderliche Genehmigung, weil die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet erische. Beschwerden des Einberufers Königer beim Landrat und Regierungspräsidenten hatten keinen Erfolg. Der Herr Regierungspräsident zu Potsdam meinte u. a., die Befürchtungen der Polizei, durch die Abhaltung der von sozialdemokratischer Seite einberufenen öffentlichen Volksversammlung unter freiem Himmel könnte die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet werden, sei begründet. Das ergebe sich aus den „angestellten Ermittlungen“ nach „Lage der örtlichen Verhältnisse“. Es wäre ein harter Junge von Spandau zu erwarten gewesen, denn in dem dortigen sozialdemokratischen Organ „Latente“ sei die Versammlung belammet gemacht worden. Dazu hätten sich dann sicherlich aus der Umgegend von Falkenhagen die Landwirte und andre Personen eingefunden. Eine große Anzahl von Personen verschiedener Parteirichtungen wären zusammengelommen und es hätte so sehr leicht zu Meibereien und Störungen der öffentlichen Ordnung kommen können, zumal die Bevölkerung in der Gegend wenig Reizung für die Sozialdemokratie hege. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit rechtfertige sich das Verbot. — Der Einberufer Königer erhob Klage beim Ober-Verwaltungsgericht, welche Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht begründete. Solche Zusammenkünfte, wie hier befürchtet würden, seien nie vorgekommen, obwohl in rein ländlichen Bezirken des Kreises, nicht sehr weit von Falkenhagen, während der Wahlbewegung verschiedentlich Versammlungen unter freiem Himmel stattgefunden hätten. In Falkenhagen selber habe der Bund der Landwirte beim Gastwirt Thiel eine überwiegend von Sozialdemokraten besuchte Versammlung abgehalten, ohne daß die Sozialdemokraten, die überhaupt an ein geordnetes Versammlungsleben gewöhnt seien, irgendwie gestört hätten und ohne daß es zu irgendwelchen Meibereien gekommen sei. Demgegenüber sei nichts, rein gar nichts erbracht worden seitens der Behörden, was das Verbot rechtfertigen könnte. Wenn die Verwaltungsbehörden in ein Grundrecht des Volkes, wie es das Versammlungsrecht sei, eingreifen, dann müßten sie doch ihre Behauptungen und Gründe specialisieren. Er habe in vielen Fällen, wo Versammlungen unter freiem Himmel verboten wurden, Beschwerde eingelegt und die darauf ergangenen ablehnenden Verfügungen hätten fast formularmäßig gleich gelautet, und zwar wie die vorliegende. Und was solle man mit den Worten „nach den angestellten Ermittlungen“ und „nach Lage der örtlichen Verhältnisse“ anfangen? Das seien allgemeine Redensarten. Nicht mit einer Silbe sei angegeben, welche Ermittlungen stattgefunden hätten und durch wen sie vorgenommen worden seien. Das fragliche Grundstück selber liege an der äußersten Peripherie des Ortes und nach drei Seiten sei von ihm aus weit und breit keine menschliche Wohnung zu sehen. Eregisch wandte sich Liebknecht noch gegen die in einem Schriftsatz des Regierungspräsidenten enthaltene Unterscheidung, daß er mit Spandauer Sozialdemokraten in Falkenhagen trotz des Verbotes eingegangen sei und die Versammlung doch habe abhalten wollen. Thatsächlich sei er ganz allein nach Segefeld gefahren und nach dem Versammlungsort gegangen, um die Erklärungen zum Nachhausegeben aufzufordern. Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage ab: Die Erwägungen des Regierungspräsidenten (und der Polizei) seien für bestimmt genau zu erachten.

Aus Industrie und Handel.

Ein kontinentales Zucker-Kartell scheint thatsächlich zu stande zu kommen. Aus Brüssel, den 8. Juli, wird nämlich der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Bestern abend fand hier eine wichtige Konferenz deutscher, belgischer, französischer, russischer und holländischer Zuckerproduzenten statt. Man einigte sich über ein Programm, welches von den nationalen Syndikaten voraussichtlich angenommen werden wird. Das österreichische Syndikat hat telegraphisch seinen Beitritt erklärt; in zwei Monaten bei der endgültigen Statuierung des kontinentalen Syndikats werde es anwesend sein. Man beschloß zur Verhinderung der Ueberproduktion Ausführereinstellungen für alle Länder. Eine Konferenz, auf welcher Vertreter der Organisationen der Raffineure und Fabrikanten der beteiligten Länder vertreten sind, wird die Ausführquoten jedes Landes festsetzen. Die Grundlage hierfür wird die durchschnittliche Produktion der drei letzten Jahre, vermehrt um die Einfuhrziffer, bilden, aber mit Abrechnung des inländischen Konsums. Bei Vermehrung des Zuckerbedarfs auf dem Weltabgabemarkt wird die Exportziffer der beigetretenen Länder in gleichem Verhältnis erhöht. Wenn die nationalen Syndikate dieses Abkommen ratifizieren, so soll es wie die internationale Zuckerkonvention bis zum 1. September 1908 Geltung haben. Eine Kontrollkommission wird eingesetzt. Man rechnet 90 Mio raffinierten gleich 100 Mio rohen Zuckern.

Erneute Syndikatbestrebungen in der Cementindustrie. Von berufener Seite erzählt die „R. B. Zg.“, daß bei den west-

fälschen Cementwerken eine energische Agitation zur Gründung einer festen Verkaufsvereinigung im Gange sei. Die überwiegende Mehrheit der in Betracht kommenden Werke hat bereits unter der Hand die Zustimmung gegeben. Gegen Mitte dieses Monats soll eine Versammlung einberufen werden, in der positive Vorschläge gemacht werden sollen. Die Vorarbeiten werden fleißig betrieben. Die Wikingwerke, die bisher auf einem ablehnenden Standpunkt standen, sollen den erneuten Bestrebungen geneigter gegenüber stehen. Eine Cementfabrik in Ruppertsberg verhält sich gegen die neuen Bestrebungen noch immer ablehnend. Wenn die Verkaufsvereinigung in fester Form perfekt wird, hoffen die Beteiligten, eine Erhöhung von 20—30 M. pro D. durchzusetzen, die Preise würden sich dann auf etwa 180 bis 200 M. pro D. stellen. Gleichzeitig verläutet von neuen Syndikatsbestrebungen in der süd-deutschen und auch in der rheinischen Gruppe der Cementwerke. Mit diesen Gruppen würde im Falle des Zustandekommens der festen Vereinigung die westfälische Cementindustrie sich über die Verkaufspreise sowie über die Abfahrtsrechte verständigen wollen.

Sam Zusammenbruch des amerikanischen Baumwollkriegen erhielt die „Voss. Ztg.“ gestern einen New Yorker Kabelbericht, wonach die Verluste, welche die Brownsche Gruppe vorgestern erlitten hat, auf 3 Millionen Dollar zu schätzen seien.

Der Dampfer „Louisiana“, von Bremen kommend, brachte für Spekulationsrechnung 3000 Ballen Baumwolle nach New Orleans. Es ist dies das erste Mal, daß Baumwolle in solcher Menge von Europa nach New Orleans verschifft worden ist, eine Erscheinung, die die unnatürliche Verschiebung der Marktverhältnisse charakterisiert, zu welcher die Brown'schen Manipulationen geführt haben.

Der wöchentliche Wetter- und Erntebericht des Wetterbureaus der Vereinigten Staaten meldet ein schnelles Wachstum in allen Bezirken des Baumwollgebietes und einen besseren Stand der Ernte. Meldungen aus Carolina und Georgia ließen einen entschiedenen Fortschritt bemerken. In einzelnen Teilen von Louisiana und Texas war allerdings das Wetter ungünstig, der Stand der Pflanzen und die Saat verunreinigt. Im nördlichen Texas richteten Kapselwürmer einen beträchtlichen Schaden an.

Das ganze Aktienkapital verloren hat auch das Eisenwerk Thuringia Akt.-Ges. vorm. Franz Schaefer in Lique. In Mühlhausen. Für das letzte Geschäftsjahr ergibt sich ein Verlust von 74 663 M. Der Gesamtverlust erhöht sich hierdurch auf 438 795 M. bei einem Aktienkapital von 440 000 M.

Ueber den rumänischen Rentenschwindel-Prozess wird uns aus Bukarest, den 6. Juli, des näheren berichtet: Heute wurde der am Donnerstag vertagte Prozess gegen die Teilhaber an den falschen Rentenauslosungen wieder aufgenommen. Es wurde hierbei bekannt, daß nunmehr auch gegen den früheren Direktor im Finanzministerium, Victorian, Anklage erhoben werden soll. In einem am Sonnabend mit ihm angestellten Verhör gab er zu Protokoll, daß die „patriotischen“ Fälschungen des Jahres 1901 seiner eignen Initiative entsprungen seien. Gerade jetzt ist aber bekannt geworden, daß der frühere Finanzminister Pallade in der Rede, während der er vor 4 Wochen in Verlad plötzlich verstarb, den Premierminister Sturdza befehligte, diese falschen Auslosungen veranlassen zu haben. Pallades Familie wollte erst diese letzte Rede Pallades unterdrücken, hat sie aber jetzt der Öffentlichkeit übergeben. Man darf daher gespannt sein, welche Enthüllungen in dem sensationellen Prozesse noch zu Tage werden gefördert werden. Die Regierung ist in demselben als Civilpartei durch mehrere Advokaten vertreten, welche heute erklärten, daß die Regierung sich dem Emissions-Komitee (Diskontogesellschaft) gegenüber verpflichtet habe, die Renteninhaber wegen des ihnen durch die falschen Auslosungen zugefügten Schadens zu entschädigen. Derselbe wird mit 1/10 Mill. Frank von den Angeklagten eingefordert werden — wenn die letzteren so viel Geld in Rumänien oder überhaupt haben. — Victorian wurde heute von seinem Posten als Direktor der Depositenkasse suspendiert. Vielleicht schweigt er, um es nicht mit den jetzigen Ministern zu verderben, vielleicht aber auch nicht, da das jetzige Kabinett sehr wackelt und ein andres im Herbst erwartet wird.

Terlinden und Genossen vor dem Schwurgericht.

Duisburg, 9. Juli. Die heutige Verhandlung begann mit der Rechtsbelehrung der Geschwornen, welche ungefähr 2 1/2 Stunden in Anspruch nahm. Hieraus zogen sich die Geschwornen zur Beratung zurück. Terlinden wurde nach dem vom Obmann Prof. Auerding-Duisburg verlesenen Wahrspruch des Verdicts nach den §§ 146, 147, 149, 151 und 275 des Straf-Gesetzbuches unter Ausschluß mildernder Umstände, Rosbadt der Beihilfe zu diesem Verbrechen, Beihilfe zum Betrüge, begangen in mehreren selbständigen Handlungen unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig befunden. Der Wahrspruch bezüglich der Frau Terlinden und Frau Rosbadt lautete auf nichtschuldig. Zum Zwecke der Verurteilung des Fragebogens hinsichtlich der Frau Terlinden mußten sich Gerichtshof und Geschworene nochmals zur Beratung zurückziehen. Das Urteil lautete gegen Terlinden auf sechs Jahre Zuchthaus und Ehrverlust auf die gleiche Dauer, gegen Rosbadt auf sechs Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr 11 Monaten auf die Untersuchungshaft; Frau Terlinden und Frau Rosbadt wurden freigesprochen.

Der Staatsanwalt hatte gegen Terlinden 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht, gegen Rosbadt 8 Jahre Gefängnis beantragt.

Zweite Generalversammlung des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen.

Am 8. Juli trat in Magdeburg die zweite ordentliche Generalversammlung obigen Verbandes im „Lustgarten“ zusammen. Der Verband wurde im Jahre 1897 in Leipzig gegründet, besteht also jetzt sechs Jahre. Anwesend sind 32 Delegierte, 2 Vertreter des Vorstandes (Grünwaldt und Becker), 1 Vertreter des Ausschusses. Als Vertreter des Sattler-Verbandes ist der zweite Vorsitzende desselben, Berner, und als Vertreter der Generalcommission der Gewerkschaften Silberhammer anwesend.

Der Vorstandsbericht liegt im Druck vor. Derselbe skizziert die Entwicklung des Verbandes während der letzten drei Jahre und konstatiert, daß sich der Verband, obwohl die letzten Jahre im Zeichen der Wirtschaftskrise standen, vorzüglich nach innen und außen entwickelt hat. Die Beitragserhöhung von 15 auf 25 Pf. und die damit gleichzeitig eingeführte Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen hat sich als vorzügliches Bindemittel bewährt. Alle Befürchtungen, daß infolge der Erhöhung der Beiträge eine Mitgliederflucht eintreten würde, haben sich als unzutreffend erwiesen. Der Verband kann mit der Entwicklung während der vergangenen Jahre zufrieden sein. Zu Ende des Jahres 1899 zählte der Verband in 69 Filialen 3525 Mitglieder. Am Schluß des Jahres 1902 in 110 Filialen 4721 Mitglieder. Das ist ein Mehr von 1196. Die Fluktuation blieb trotz der Unterstützungsanstaltungen eine sehr große. In den letzten drei Jahren traten 9024 Mitglieder ein und 8035 traten aus. Das macht pro Jahr durchschnittlich 2680 Austritte. — In den letzten drei Jahren betrug die Gesamteinnahme des Verbandes 151 865,09 M., die Ausgabe 124 845,45 M. Der Bestand der Hauptkassa betrug am 31. Dezember 1902 27 019,84 M. Unter den Ausgaben befinden sich 10 807,90 M. für Reise-Unterstützung, 2549,25 M. für Krankenunterstützung, 1585 M. für Sterbegeld, 11 010,94 M. für Streiks und sonstige Unterstützungen. Das Verbandsorgan kostete 13 981,17 M., für Agitation, Konferenzen zc. wurden 4328,51 M. verausgabt. Für Druckkosten 5804,55 M., für Gehälter 4761,34 M. und an die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands 1198,19 M.

Der Verband hat sein Agitationsgebiet in sechs Gauen eingeteilt. Diese Gauen erheben besondere Gewerbesteuer von den ihnen zugewiesenen Filialen, die sich für das Jahr 1901 und 1902 auf insgesamt 6125,45 M. bezifferten. An Zuschüssen (direkt und indirekt) erhielten die Gauen für Agitation aus der Hauptkasse

1291,15 M. Die Gau-Einteilung hat sich gut bewährt und soll auch ferner beibehalten werden. 3 Lohnbewegungen war der Verband vom 1. Januar 1900 bis 30. Juni 1903 in insgesamt 32 Städten beteiligt. Im Jahre 1902 waren 7 Abwehrstreiks erforderlich; von diesen hatten nur 2 Erfolg, 5 keinen. Von den 24 Angriffsstreiks endeten 9 mit Erfolg, 7 hatten teilweisen und 8 keinen Erfolg. Außerdem fand in diesem Jahr ein Abwehrstreik statt, der Erfolg hatte. Insgesamt waren an den Streiks 2346 Personen beteiligt, davon gehörten 1765 dem Verbande an. Die Streiks dauerten insgesamt 84 Wochen und lösteten 41 774, 16 M. Tarifverträge mit den Unternehmern bestehen nur vereinzelt. Der Vorstandsbericht konstatiert, daß in den Kreisen der Unternehmer sehr geringes soziales Verständnis vorhanden sei. — Das „Korrespondenzblatt der Tapezierer“ hat eine Auflage von 6500 Exemplaren; es erscheint alle vierzehn Tage, nach Bedarf vier oder acht Seiten stark. Außer den Verbandsmitgliedern erhalten die Schweizer Tapezierer das Blatt in circa 145 Exemplaren.

Die Debatte über den Vorstandsbericht beschränkt sich auf unwesentliche Ausstellungen über kleine Vorkommnisse; im allgemeinen wird die Thätigkeit des Vorstandes lobend anerkannt und demselben Dankschreiben erteilt. Einige Klagen an die Generalversammlung werden einer Kommission überwiesen.

Alsdann folgt das Referat über Organisation, Agitation und Lohnbewegungen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Holz- und Bretterträger und Brettschneider. Eine stark besuchte Versammlung der Arbeiter dieser Branchen beschloß gestern abend einstimmig, die an die Arbeitgeber gestellten Forderungen ihrem ganzen Inhalt nach aufrecht zu erhalten und auf allen Plätzen, wo sie nicht vollständig bewilligt sind, von heute morgen ab die Arbeit ruhen zu lassen. Nach dem Situationsbericht, der in der Versammlung gegeben wurde, haben bis jetzt 7 Firmen bewilligt. Mehrere Firmen haben zwar verschiedene Zugeständnisse gemacht, wollen aber teils die neunstündige Arbeitszeit, teils die geforderten Minimallöhne nicht voll anerkennen. Auf denjenigen Plätzen, wo die Arbeit, nachdem die Forderungen nur teilweise bewilligt waren, aufgenommen wurde, soll nach dem jetzt gefassten Beschlusse wieder in den Streik getreten werden. — Die Versammlung beschloß ferner, daß jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Kollege per Tag 50 Pf. zur Unterstützung der Streikenden zu zahlen hat. Die Streikunterstützung wurde auf 2,50 M. per Tag und für jedes Kind 1 M. per Woche festgesetzt.

Ein neuer Einigungsversuch im Kürschnerstreik. Am Mittwoch tagte im Alten Schützenbau eine starkbesuchte Kürschnerversammlung, in der auch die Arbeitgeber in größerer Anzahl vertreten waren. Sie endete damit, daß beide Parteien sich bereit erklärten, von neuem eine Einigung anzustreben. Zunächst beleuchtete Regge die gegenwärtige Situation. Er verurteilte scharf die Art und Weise, wie einzelne Arbeitgeber die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bereiten suchten, ohne die Forderungen unterschrittlich anerkennen zu haben. Er empfahl die Fortsetzung der bisherigen Taktik. Von den Arbeitgebern sprach zunächst Herr Landsberger, der sein Bedauern darüber äußerte, daß seiner Zeit die Kommissionsverhandlungen erfolglos verlaufen sind, woran seiner Meinung nach das Verhalten der Arbeitgeber Schuld gewesen ist, was dann von Regge und den anderen Rednern vom Kürschnerverband entschieden bestritten wurde. Im weiteren Verlauf der Versammlung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern. Nachdem dann jedoch Herr Landsberger sowie andere Arbeitgeber, die an der Debatte teilnahmen, wiederholt dem Wunsche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts Ausdruck gaben, wurde vom Bureau der Versammlung aus die Frage gestellt, ob die Arbeitgeber unter der Bedingung, daß ein Aufschlag von 33 1/2 Proz. für Lieferstunden festgesetzt werde, geneigt seien, einen korporativen Vertrag einzugehen. Herr Landsberger konnte eine bindende Erklärung nicht abgeben, versprach jedoch, in der Arbeitgeber-Organisation nach besten Kräften für Annahme eines solchen Vorschlages wirken zu wollen. In gleichem Sinne äußerten sich die übrigen Redner der Arbeitgeber. Gegen wenige Stimmen beschloß dann die Versammlung, daß auf dieser Grundlage eine Einigung mit den Arbeitgebern angebahnt werden soll. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß keiner der Streikenden die Arbeit früher wieder aufnehmen darf, als die Verhandlungen zu einer Einigung geführt haben.

Wit der Lohnbewegung der Maschinenmacher beschäftigte sich eine gutbesuchte Versammlung der in Schuhwaren-Fabriken und sonst im Schuhmachergewerbe thätigen Personen, die am 8. Juli in den Andreas-Häusern tagte. Walter schilderte die Entwicklung des nun etwa zehn Wochen dauernden Kampfes und stellte fest, daß es sich jetzt nicht mehr für die Arbeitgeber um die Lohnforderung an sich handele, sondern darum, auf jeden Fall als Sieger dazuzugehen. Jeden Vergleich selbst lehnten sie ab; die Arbeiter sollten gebüht werden. Es handele sich um einen Kampf um die Nacht. Mit Energie hielten die Kollegen der Friedlichstätt zusammen. Würden sie niedrigeren von den koalitierten Unternehmern, dann wäre das ein schätlicher Schlag gegen die Organisation der Arbeiter der Schuhwarenbranche überhaupt. Es dürfe jetzt nicht heißen: „Hier Fabrikarbeiter — hier Schöharbeiter“, sondern alle Kollegen müßten freudig ihr Solidaritätsgefühl heftigen und den kämpfenden zum Siege verhelfen, zu Ruh und Frommen der Organisation. — Die Ausführungen des Referenten und Christensens, der sie noch ergänzte, fanden lebhaften Beifall. Herrmann schloß aus einander, daß es sich durchaus nicht um frivole Forderungen handle, sondern nur um einen Ausgleich für die höheren Anforderungen an Geschicklichkeit und Accuratess der Arbeiter. Becker wandte sich direkt an seine speciellen Kollegen in den Fabriken, trotz aller schon im letzten Jahr gebrachten Opfer doch wieder von neuem zu feuern, eventuell mit 5 Proz. Nachdem noch einige Redner im selben Sinne sich geäußert hatten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin die Versammelten den so lange mutig im Kampf anhaltenden Kollegen der Friedlichstätt ihre Anerkennung ausdrückten und sich verpflichteten, ihre Solidarität zu bekunden, indem sie in Werkstätten und Fabriken Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden veranstalteten. Weiter wurde beschlossen, daß die Kollegen in den nicht vom Streik betroffenen Werkstätten und in Fabriken, so lange der Streik dauert, 5 Proz. ihres Verdienstes auf Listen für die Streikenden zeichnen.

Deutsches Reich.

Der Maurerstreik in Plauen hat den dortigen Oberbürgermeister veranlaßt, in den letzten Tagen mehrere lange Verhandlungen sowohl mit den Arbeitern wie mit den Unternehmern zu führen. Der Oberbürgermeister hätte nämlich gern eine Beilegung des Streiks zu Wege gebracht, damit der König von Sachsen, der in diesen Tagen Plauen besucht, nicht durch den Anblick freistehender Arbeiter unangenehm herührt werde. Aber an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer scheiterte die Einigung, obwohl die Arbeiter von ihren ursprünglichen Forderungen auf die 10 1/2 stündige Arbeitszeit und 48 Pf. Stundenlohn zurückgegangen sind.

Die Maurer in Hirschberg (Schlesien) haben, nachdem sie vier Wochen streikten, eine Einigung erzielt, wodurch der Lohn von 32 auf 35 Pf. erhöht und die Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden verkürzt wird.

Ausland.

Die Massenaußsperrung in Schweden. Wie bereits eine Depesche meldete, haben die schwedischen Metallindustriellen ihren Aussperungsbeschlusse am Montag ausgeführt. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter wird auf 17 000—20 000 angegeben. Der geringfügige Anlaß der Aussperung, der Streik der acht Formier in Kristiansstad in Schweden, diente den Herren

selbstverständlich nur zum Vorwand für ihre brutale Maßregel. Ihr eigentlicher Zweck ist die Vernichtung der Arbeiterorganisation, und sie geben dabei sogar soweit, daß sie selbst die Mitglieder des „Schwedischen Arbeiterverbandes“, der berichtigten Spreng- und Streikbrecher-Organisation, mit ausgesperrt haben, so daß dieser Verband, der doch so gerne mit den Arbeitgebern harmonisieren möchte, sich genötigt sieht, nun ebenfalls gegen die Stellung zu nehmen. Der Vorstand der „Werkstattvereinigung“, der Unternehmer-Organisation, die übrigens erst ein Jahr existiert, scheint bei der ganzen Affaire recht dilatorisch vorgegangen zu sein. Er hat den Mitgliedern nur noch das eine Recht gelassen, unorganisierte Arbeiter zu beschäftigen, alle anderen Arbeiter, welcher Organisation sie auch angehören mochten, mußten entlassen werden. Ein besonders großzügiges Angebot hat die bereits vom Wahlrechtstreit her bekannte „Aktien-Gesellschaft Separator“ in Stockholm den Unorganisierten gemacht. Sie versendet folgendes Zirkular:

„Unter der Voraussetzung, daß Sie gewillt sind, auf Ehre und Gewissen eine schriftliche Erklärung zu unterzeichnen, daß Sie nicht irgend einem Fachverein oder einer anderen Organisation angehören und auch während der gegenwärtigen Aussperung keinerlei Unterstützung von einer solchen Organisation genießen, werden wir Ihnen bis auf weiteres eine Unterstützung von 12 Kronen pro Woche ausbezahlen. Sie können sich in diesem Fall am Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem gewöhnlichen Lohnauszahlungsschlag in der Werkstätte einfinden.“

Das Schreiben bietet einen neuen Beweis dafür, daß es den Arbeitgebern lediglich um die Vernichtung jeglicher Arbeiter-Organisation zu thun ist. Als die circa 1000 Arbeiter des Separator am Montag die Arbeit verlassen mußten, wurden sie vor der Fabrik von 600 ausgesperrten aus „Holunders mechanischer Werkstatt“ mit Gefang und Sympathiebekundungen begrüßt, worauf sich alle nach einer Waldanlage vor der Stadt begaben und unter freiem Himmel eine Versammlung abhielten.

Wie „Socialdemokraten“ jetzt mitteilt, hat am vorigen Freitag der schwedische Civilminister, Staatsrat Westring, die Vorsitzenden des Hieserverbandes und des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes, Blomquist und Blomberg, zu sich berufen, um mit ihnen über die Mittel zur Beilegung des Konflikts zu beraten. Am Montag reiste Blomquist nach Kristiansstad, wo unter Teilnahme des Landeshauptmanns de la Gardie eine 1 1/2 stündige Verhandlung mit dem Fabrikanten Karlsson zwecks Abwendung der drohenden Aussperung stattfand. Trotzdem sich der Landeshauptmann große Mühe gab und auch der Vertreter der Arbeiter das größte Entgegenkommen zeigte, blieben die Verhandlungen erfolglos.

Die Lage in Portomaggiore — so wird uns aus Rom, den 7. Juli, geschrieben — gestaltet sich von Stunde zu Stunde erster. Gestern früh trafen 38 Streikbrecher ein, die auf dem Bahnhof vom Abgeordneten Genossen Bertesi aufgefordert wurden, abzureisen. Nur zwei ließen sich dazu bestimmen, die anderen begaben sich, von der Kavallerie begleitet, auf die Felder. Die Streikenden, über 2000 an Zahl, wollten das nicht zulassen. Die Frauen fielen den Pferden der Soldaten in die Fügel, so daß die Kavallerie nicht vordringen konnte, wenn man nicht Frauen und Kinder niederreiten wollte. Die Streikbrecher wurden von dem Anblick der Ausständigen und dem Flehen der Frauen endlich bewogen, den Rückweg nach der Station anzutreten. Genosse Bertesi bezahlte ihnen die Reise und die armen, unwissenden Menschen zogen wieder fort, ohne ihren Arbeitsrüden in den Rücken gefallen zu sein. — Wenn das Korn noch 48 Stunden steht, ist die Ernte verloren. Viele der Gutsbesitzer verkaufen ihr Vieh, andre lassen es frei auf den Feldern herumlaufen.

Der Konflikt im Hafen von Venedig — wie uns unser Korrespondent aus Rom, den 7. Juli, schreibt — durch das Defekt des Konfortiums beigelegt, da die Händler sich der Beordnung bedingungslos untergeordnet haben. Gestern früh fanden sich auf den Pöschplätzen 4 Arbeitervertreter des Konfortiums ein, die jedem Händler die von ihm geforderte Zahl von Arbeitern zuwies. Die vorläufige, durch das Defekt festgesetzte Ordnung der Arbeiten im Kohlenhafen wird von einigen Gegnern der Arbeiter als Niederlage der Gewerkschaften angesehen, da diese jetzt dem Konfortium gegenüber keinerlei Funktion haben. In der That liegt die Sache aber so: in die Listen des Konfortiums wurden alle organisierten Arbeiter und gegen 100 Nichtorganisierte eingetragen. Die Gewerkschaften, die bisher ihre Mitglieder den Unternehmern direkt zur Verfügung stellten, stellen sie heute jeden Morgen dem Konfortium zur Verfügung. Und wie bisher in Zeiten des Arbeitsmangels stellen sie heute eine, morgen die andre Arbeitergruppe zur Verfügung, führen also für ihre Mitglieder den Tarnnamen durch, genau wie bisher. Von einer Niederlage kann also nicht die Rede sein. Unterlegen sind die Verfechter der „Freiheit der Arbeit“, die Händler, die „Gehlen im Haufe“ sein wollten. Allerdings sind auch diese nicht von den Arbeitern besiegt, sondern durch eine Verfügung der Behörden entworfen. Ihr unzeitgemäßes Princip ist verworfen worden, während die von den Arbeitern vertretenen Grundsätze von der Beordnung anerkannt wurden.

Vom Papste.

Rom, 9. Juli. Der heute vormittag 9 1/2 Uhr veröffentlichte Krankheitsbericht besagt: Die Nacht ist ungestört verlaufen; der Papst hat geruht. Der Prozeß in der Lunge ist, was den Teil der Lunge betrifft, welcher von der wenigen Flüssigkeit nicht bedeckt wird, die sich noch im Brustfell befindet, in voller Lösung begriffen. Die Erleichterung im Allgemeinbefinden hält an. Lapponi, Razzoni.

Das „Giornale d'Italia“ meint, alles weise darauf hin, daß Nicerenzianigung beim Papste ausgeschlossen ist. Professor Razzoni erklärte es für unmöglich, mit Sicherheit etwas vorauszusagen. Wenn der Papst gesund würde, würde er durch die Krankheit doch geschwächt bleiben, die ja auch bei jungen Leuten Spuren zurückläßt. Deshalb würden auch im Falle der Genesung die Befürchtungen nicht aufhören. Das Watt fügt hinzu, die Besserung dauere an, der Zustand sei aber immer noch ernst.

Die „Tribuna“ schreibt: Am 5 Uhr morgens wurden die Fenster im Zimmer des Papstes geöffnet, um frische Luft einzulassen. Die Personen, welche den Vatikan verlassen, gaben beruhigende Nachrichten. Jedoch warnte Razzoni vor zu hohen Erwartungen. Der Papst rings verweist mit dem Tode.

Monsignore Volpini, den im Vorzimmer des Papstes ein Schlaganfall befiel, ist gestorben. — Cardinal Roceni ist der „Tribuna“ zufolge bedenklich erkrankt.

Heute nachmittag 5 Uhr wurde folgender Krankheitsbericht veröffentlicht:

Da das Allgemeinbefinden des hohen Kranken sich verschlechtert hat, fand um 4 Uhr nachmittags eine Konsultation statt, an welcher Professor Razzoni teilnahm. Die Untersuchung ergab, daß die Flüssigkeit im Brustfell sich von neuem schnell vermehrt und daß die Herzthätigkeit schwach ist, aber ohne Anzeichen einer Herzklappenstörung. Der Puls ist leicht zusammenzuckend; die Anzahl der Pulschläge beträgt 90. Die Atmung ist oberflächlich und wenig häufig. Harnentleerung gering. Der Zustand des Papstes wird als ernst angesehen. gez.: Razzoni, Lapponi, Razzoni.

Im Laufe des Nachmittags verschlechterte sich das Befinden des Papstes, und es stellte sich Diarrhoe ein, an welcher der Papst, entgegen allen anders lautenden Gerüchten, bisher niemals gelitten hatte. Infolge dessen wurde die Konsultation beschloffen, die um vier Uhr stattfand. Die Untersuchung, bei der der Papst dabei war, wurde, den Papst zu sehr anzustrengen, dauerte ungefähr 20 Min. Es wurde festgestellt, daß wahrscheinlich nötig sein werde, den Brusthöhlen Stiche zu wiederholen, was ebenfalls morgen geschehen würde. Als Razzoni das Gemach verließ, sprach er den Papst wieder ermutigend zu; der Papst lächelte ihm mit Anstrengung die Hand und dankte ihm. Um 8 1/2 Uhr abends war der Zustand des Papstes unverändert.

Die Stadtverordneten-Wahlen

In Berlin finden im November dieses Jahres statt. Um wählen zu können, ist die

Einsichtnahme in die Wählerliste

dringend notwendig.

Der Magistrat erläßt hierzu folgende Bekanntmachung:

Die Liste der stimmungsfähigen Bürger Berlins ist in Gemäßheit der §§ 19 und 20 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und § 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1900, betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindevahlen, sowie der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers des Innern vom 14. September 1900, aufgestellt und wird in der Zeit

vom 15. bis einschließlich 30. Juli d. J.

an den Wochentagen von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 11 bis nachmittags 1 Uhr in unserem Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Treppen - Zimmer 57 - zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben; später eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Wir machen hiermit noch besonders darauf aufmerksam, daß bei Verichtigung der Wählerliste bezüglich des Wohnsitzes der stimmungsberechtigten Personen in Berlin die von diesen zu erstattenden polizeilichen An- und Abmeldungen maßgebend sind. Demnach müßten auch solche an sich wahlberechtigte Personen in der Wählerliste gestrichen werden, welche polizeilich abgemeldet sind, ohne jedoch ihren Wohnsitz hier selbst aufgegeben zu haben, z. B. also alle, welche sich in einem Bade oder zum Sommeraufenthalt auswärts befinden, müßten nur vorübergehend von Berlin abwesend sein, es aber unterlassen haben, solches auf der erstatteten polizeilichen Abmeldung zu vermerken.

Arbeiter, Parteigenossen! Das Jahr 1903 ist ein Wahljahr. Die glänzenden Erfolge bei den Reichstagswahlen können uns nicht veranlassen, auf unsere Vorbeeren auszurufen. Im Gegenteil! Unsere Partei als Kampfpartei schöpft aus unseren Siegen nur neue Kraft zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen. Diese zum November vorzubereiten, dazu ist es jetzt notwendig, daß dafür gesorgt wird, daß kein wahlberechtigter Arbeiter in den Wählerlisten fehle.

Sehe jeder die Wählerliste ein!

800 000 Mark unterschlagen!

Der ehemalige Trezorverwalter der Darmstädter Bank, dessen kolossale Unterschlagungen und Flucht seiner Zeit viel Aufsehen erregten, fand Donnerstag vor dem neunten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Refler ist beiduldigt, in den letzten zehn Jahren über 800 000 M. zum Schaden der Darmstädter Bank unterschlagen und Depotsücher und Kaufname Scheine gefälscht zu haben. Er bekam sich schuldig. Er sei der Sohn des Predigers Refler und mit der Nichte des ehemaligen Direktors der Darmstädter Bank, Micheler, verheiratet. Er sei 1851 in die Darmstädter Bank gekommen. Als er eintrat, habe er 900 M. Gehalt bezogen und sei schließlich bis auf 4200 M. avanciert, so daß er mit Lanteme etwa 5000 M. Einnahme hatte. Er habe sich mit der Tochter eines Fondsmanagers verheiratet, die einen väterlichen Zuschuß von 8000 M. im Jahre erhielt, so daß seine Jahresgewinnnahme sich auf 8000 M. stelle.

Präf.: Sie hatten also nach Ihren Einkünften keine Veranlassung, Unterschlagungen zu begehen? - Angekl.: Nein. - Präf.: Was haben Sie mit dem Gelde gemacht? - Angekl.: Ich bin leichtsinnig gewesen. - Präf.: Sie haben sich

in Weiberkneipen

herumgetrieben und behaupten, daß Sie in solchen Kneipen etwa 20 000 Mark vergebend haben. - Angekl.: Das ist richtig. - Präf.: Sie behielten dann aber doch noch ein ziemlich großes Kapital übrig; wo ist das geblieben? - Angekl.: Ich habe sehr große Summen verborgt. - Präf.: Nun haben Sie aber doch noch weitere Unterschlagungen begangen. Sie haben sich im Jahre 1887 verheiratet. In den Jahren 1896/98 haben Sie wiederum Depots im Betrage von 100 000 Mark unterschlagen. Wie sind Sie denn dazu gekommen? Nach Ihrer Verheiratung werden Sie doch wohl Weiberkneipen nicht mehr besucht haben? - Angekl.: Nein. Aber im Lauf der Zeit mußte ich doch für die Finsen der unterschlagenen Papiere sorgen. Ich habe kurz vor der Fälligkeit der betreffenden Coupons stets Effekten verkauft und die notwendigen Coupons beschafft. - Präf.: Auch diese Papiere haben Sie bei S. Brann verkauft? - Angekl.: Ja. - Präf.: Herr Brann ist wegen Hehlerei angeklagt, es kann aber gegen ihn nicht verhandelt werden, weil er krank ist. Ich möchte nun gern von Ihnen wissen, wo das viele Geld geblieben ist? Sie waren doch nun verheiratet! Sie hatten einen guten Zuschuß, was zwang Sie also zu den Unterschlagungen? Haben Sie spekuliert? - Angekl.: Nein. - Präf.: Haben Sie noch weiter Weiberkneipen besucht? - Angekl.: Nein. - Präf.: Haben Sie Frauen unterschlagen? - Angekl.: Ja, eine Frau. - Präf.: Sie behaupten, daß Sie auch für Weine viel ausgegeben haben. Sie wollen jährlich etwa

3000 M. für Wein

verbraucht haben und berechnen, daß Sie in 12 Jahren für etwa 36 000 M. für Wein ausgegeben haben. - Präf.: Sie haben auch weiterhin viel Geld verborgt. Wie kamen Sie dazu? War das auch so

eine Art modernen Größenwahnsinn,

daß Sie als großer Mann dasiehn wollten, der viel Geld verborgen könne? - Angekl.: Es war mehr aus Gutmütigkeit.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er auch

Urkundenfälschungen

begangen habe, was der Angeklagte zugiebt. Er hat verschiedene Fälschungen in den lebenden und toten Conten vorgenommen, Effekten als verkauft gebucht, in den Kaufnahmedogen den Depotbestand gefälscht, als im November und Dezember 1901 eine allgemeine Ausnahme der Bestände stattfand, die Effektenverzeichnis gefälscht u. s. w. - Der Angeklagte giebt an: Es hätten jeden Monat Revisionen stattgefunden, sie beschränkten sich jedoch auf Stichproben. Alle halbe Jahre hätte dann eine Kontrolle durch zwei Aufsichtsratsmitglieder stattgefunden, doch handelte es sich dabei auch

nur um Stichproben.

Sämtliche Depots auf einmal seien nach ihren Beständen niemals kontrolliert worden. Es sei ein ständiger Revisor vorhanden gewesen, der sämtliche Depots kontrolliert habe. In seinem Bureau sei er zwei bis drei Monate gewesen. - Präf.: Aber eine Aufnahme sämtlicher Depots zu gleicher Zeit hat nicht stattgefunden. - Der Vorsitzende stellt fest, daß die Depot-Inhaber zu den Fälligkeitsterminen der Coupons Auszüge aus den Büchern und Guthchriften Formulare zugesandt erhielten und daß der Angeklagte bei dem Herausgeben dieser Termine sich an Brann wandte und ihm den Auftrag gab, die nötigen Coupons bzw. Dividendenscheine zu laufen. - Präf.: Wurde denn bei den Coupons gar keine Kontrolle bezüglich der Nummern geführt? - Angekl.: Nein, das ist auch nicht durchzuführen. - Präf.: Sie konnten Sie sich dazu versehen, dritten Personen so große Summen zu verlieren. Einem Herrn v. Köppen haben Sie allein 90 000 M. geliehen. Wie haben Sie denn gelebt? Welches Wirtschaftsgeld bekam Ihre Frau. - Angekl.: Ich lebte ganz einfach. Meine Frau verbrauchte ihren Zuschuß von 8000 M. zur Wirtschaft und zu ihrer Toilette.

Die Wohnung am Schöneberger Ufer kostete 1900 M. - Präf.: Haben Sie denn besonders viel für sich selbst verbraucht? - Angekl.: Nein, ich habe nicht viel verbraucht. - Präf.: Dann ist es ganz unbegreiflich, wo das Geld geblieben ist! Sie haben allerdings viel Geld verborgt. Beispielsweise haben Sie einem Heilfürstler Rasche ohne weiteres 40 000 M. verborgt. Im Hotel de Rome ist eine Badeanstalt, in welcher Sie sich von Herrn Rasche die Fühneraugen schneiden ließen. Dieser Mann hat Ihnen gesagt, er möchte sich gern selbständig machen und da haben Sie ihm sofort 40 000 M. verborgt. Wie kamen Sie dazu? - Angeklagter schwigt. - Präf.: Sie haben die 40 000 M. hingegeben ohne Schuldschein, ohne Vertrag, ohne Jinsverpflichtung? - Angekl.: Ja.

Der Angeklagte hat seit dem Jahre 1887 insgesamt 250 000 M. verborgt.

Darunter befinden sich Summen von 18 000 M., 6000 M., 3000 M., 4000 M. u. an Regelfreunde, Angestellte der Bank u.

Präf.: Am 12. Dezember 1902 erhielten Sie die Gewissheit, daß Ihnen die Trezorverwaltung abgenommen werden würde, und so sind Sie denn am 14. Dezember geflohen? - Angekl.: Ja, ich ging in die Schweiz. - Präf.: Sie sind im Besitze eines Revolvers gewesen. Woher hat Sie sich den beschaffen? - Angekl.: Ja. - Präf.: Das konnten Sie doch auch in Deutschland, wenn Sie es ernstlich vorhaben. Sie haben nur einer Frau Mittenwäldig eine Unterstützung von 15 000 Mark gewährt. Wie kamen Sie dazu? Frau W. war früher eine Kellnerin. - Angekl.: Es war eine Bekanntschaft aus meiner Junggesellenzeit her. Sie hat mich öfter in Anspruch genommen und schrieb immer so überhöfliche Briefe. - Präf.: Sie haben auch riesige Summen für Lotterielose ausgegeben. Sie haben für 40 000 M. Lose aller Art gekauft, immer gleich ganze Lose. Sie hofften wohl, durch größere Gewinne aus allen Schwierigkeiten heraus zu kommen? - Angekl.: Ja wohl. - Präf.: Es ist immer noch nicht aufgeklärt, wo eine Summe von etwa 200 000 Mark, über die Sie keine Auskunft geben können, geblieben ist? Wo haben Sie sie gelassen? Bekennen Sie doch Ihr Verweilen! - Angekl.: Wenn ich könnte, würde ich es thun. Es ist mir aber selbst ein Rätsel!

Gen. Rat Dr. Richter,

Direktor der Darmstädter Bank, bekundet als Zeuge, daß der Angeklagte das absolute Vertrauen in der Bank genos. Wenn auch seine Fähigkeiten manches zu wünschen übrig ließen, so wurde seine volle Zuverlässigkeit doch niemals in Zweifel gezogen. Eine absolute Sicherheit gegen Unterschlagungen bei Banken lasse sich durch Revisionsvorschriften nicht erreichen. Eine regelmäßige Aufnahme aller Bestände auf einmal sei bei dem Umfange der Trezors unthunlich. Eine solche Revision, die einmal nur in einer Abteilung mit Hilfe von sechs Beamten vorgenommen wurde, dauerte einen vollen Monat. Dazu komme, daß wenn eine solche Aufnahme fertig ist, sie schon wieder unrichtig ist. Es gebe vielleicht ein Mittel, um solche Unterschlagungen rascher an den Tag zu bringen; das Mittel wäre ein häufigerer Wechsel der Kassortier. Der Angeklagte sei auch sehr raffiniert zu Werke gegangen. Es wird vermutet, daß er einmal bei einer Revision Jongleurkunststücke ausgeführt und aus einem schon revidierten Paket Papiere in ein noch nicht revidiertes hindübergelassen hat.

Es folgt in weiteren die Vernehmung des früheren Kollegen des Angeklagten, des

Bankbeamten v. Köppen,

dem der Angeklagte 90 000 M. verborgt haben will. Der Zeuge behauptet, daß der Angeklagte ihm nicht 90 000, sondern nur 20 000 M. verborgt habe. Refler bleibe dagegen bei seiner Behauptung. Der Zeuge v. Köppen wird dringend zur Wahrheit ermahnt und erklärt, seine Angabe auf keinen Fall nehmen zu wollen, als der Direktor Binler sich noch einmal zum Wort meldet und bekundet, daß sich in der Darmstädter Bank eine schriftliche Anerkennung des Zeugen v. Köppen befindet, worin dieser angiebt, dem Angeklagten Refler 50 000 Mark zu schulden. Der Zeuge v. Köppen giebt jetzt an, daß er diese hohe Summe nur angegeben habe, um sich die Stellung bei der Bank zu erhalten, er wird aber darauf hingewiesen, daß er eine Unwahrheit beinahe mit einem Eide bekräftigt hätte. Schließlich ergänzt der Zeuge seine Aussage dahin, daß die ihm von Refler geliehenen Beträge im ganzen vielleicht 80 000 Mark ausmachen könnten. Er behauptet ferner, daß der Angeklagte ihm zu einem flotten Leben verführt habe.

Gerichtsbiz Dr. Störmer bezeichnet den Angeklagten als geistig völlig normal.

Staatsanwalt Reiser beantragt 5 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft und 10 Jahre Ehrverlust.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Marwit bittet, dem Angeklagten mildere Umstände zu bewilligen, denn er sei offenbar ein anomaler Mensch, der von den Unterschlagungen für sich herzlich wenig gehabt.

Der Gerichtshof spricht nach kurzer Beratung den Angeklagten der vorerwähnten Unterschlagung und schweren Urkundenfälschung schuldig, bewilligt ihm aber mildernde Umstände mit Rücksicht darauf, daß er ein schwacher Charakter ist, einfach gelebt hat, bisher unbescholten war, ein offenes Gesändnis abgelegt hat und der moralische Defekt, dem er zuerst zum Opfer gefallen, weit vor seiner Ehe liegt.

Das Urteil

lautet auf fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

3. Wahlkreis. Sonntag, 12. Juli: Ausschlag des Wahlvereins mit Familie. Näheres Sonnabend im „Vorwärts“. Der nächste Jahlabend findet Donnerstag nach dem 15. Juli in den belamten Lokalen statt. Der Vorstand.

Schöneberg. Am Sonntag, den 12. Juli, bezieht der Socialdemokratische Wahlverein in den Obßigen Lokaltäten, Meiningerstr. 8, sein 13. Stiftungsfest und werden die Parteigenossen zu zahlreichem Besuch eingeladen. Näheres siehe Inserate und Plakate.

Preis. Die Generalversammlung vom Wahlverein findet heute, Freitag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Klos, Chausseest. 69/70, statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes. Ausnahme neuer Mitglieder. Beiträge und Vereinsangelegenheiten.

Waldmannstuf. Am Sonnabend, den 11. Juli, abends 1/2 Uhr, bei A. Ruhn, Waldmannstuf: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Massenbericht. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Bericht über die Diskussionsabende der einzelnen Orte. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Nieder-Schöneberg. Am Sonnabend, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Franz, Grünauerstr. 5, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erforderlich. Es sind dorthin die Sammellisten für die Reichstagswahl abzurechnen.

Lokales.

Wie man seine Arbeiter an sich fesselt, das können diejenigen Arbeitgeber, denen das bei niedrigen Löhnen, langer Arbeitszeit und schlechter Behandlung bisher nicht hat gelingen wollen, von der Verwaltung des Kurhauses Ost-

die beno lernen. Die Kurhausdirektion engagiert für die Sommermonate Angestellte aller Art, viele davon auch aus Berlin, und verpflichtet sie für die ganze Dauer der Saison. Nun macht sich aber bei den Angestellten manchmal schon vor Schluß der Saison die Reigung bemerkbar, den Stand des Badeortes wieder von den Bantoffeln zu schütteln. Solche Gründe sie dazu haben, das soll hier nicht untersucht werden. Dagegen möchten wir uns das Mittel, dessen sich die Kurhausdirektion von Ostbienenow zur Unterdrückung dieser ihr unbequemen Reigung bedient, einmal näher ansehen. Das Mittel hat für das Kurhaus den doppelten Vorzug, nicht nur fast stets zu wirken, sondern obenein auch gar nichts zu kosten; in denjenigen Fällen, wo es etwa doch einmal versagt, bringt es der Kurhauskasse sogar noch eine ganz hübsche Einnahme.

Ein Konditor, der nach Ostbienenow engagiert werden sollte, hat uns den Vertrag vorgelegt, den ihm die Direktion des dortigen Kurhauses zugemutet hat. Sie verspricht ihm als Gehalt „monatlich Mark 40, in Worten vierzig Mark, und freie Station“; aber wohlgemerkt: sie verspricht es ihm nur. Auszahlen wollte sie am Schluß jedes Monats nur 1/3, in Worten Ein Viertel des Gehalts, während drei Viertel als Kaution bis Ende der Saison stehen bleiben“ sollten. Für den Fall „besonderer Zufriedenheit“ wurde noch mehr versprochen, nämlich eine „Gratifikation von 20-30 Mark, in Worten zwanzig bis dreißig Mark“. Auch diese Summe sollte bis Ende der Saison stehen bleiben. Was geschieht nun aber, wenn der Angestellte schon vorher gehen will? Dann wird er auf eine Bestimmung des Vertrages verwiesen, in der das oben erwähnte, fast stets wirksame, nichts kostende und unter Umständen noch Geld einbringende Mittel steht. Wenn nämlich der Engagierte „vor Ende der Saison seine Stellung verläßt oder sich weigert, die ihm angeordneten Arbeiten zu verrichten, oder der Direktion oder deren Vertretern den gebührenden Gehorsam versagt“, dann verliert er nicht nur die „Gratifikation“, sondern auch die „Kaution“, d. h. die in jedem Monat zurückgehaltenen drei Viertel seines Gehalts „ohne jeden Anspruch und ohne gerichtliche Einwendungen“.

Die Vorzüge dieser „Kaution“ sind für das Kurhaus hiermit noch nicht erschöpft. Die drei Viertel des Gehalts verfallen nicht nur dann, wenn der Angestellte vor Schluß der Saison gehen will, sondern auch dann, wenn er vorher gehen muß. Wird von der Badeverwaltung bei ernstlicher Klage über den Angestellten die sofortige Entlassung beantragt, so verliert er ebenfalls seine „Kaution“ und hat keine weiteren Ansprüche an das Kurhaus. Entlassung ohne Kündigung und ohne Anspruch auf Entschädigung kann übrigens schon dann erfolgen, wenn der Angestellte „sich der übernommenen Stellung nicht gewachsen zeigt“. Dabei darf die Direktion auch Arbeitsleistungen von ihm verlangen, die „außerhalb der allgemeinen Tätigkeit seiner Stellung liegen“; auch in diesem Falle ist der Angestellte „unverzüglich zur Ausführung verpflichtet“. Die Direktion kann hiernach verlangen, was ihr gut dünkt; der Angestellte kann im Hinblick auf seine „Kaution“, d. h. auf sein rechtmäßiges Gehalt, nichts verweigern. In den ersten vier Wochen kann die Direktion - aber nur diese, nicht auch der Angestellte - jederzeit den Vertrag aufheben, ohne zu Schadenersatz verpflichtet zu sein.

Zu diesen unerhörten Bedingungen kommen die hohen Ordnungstrafen. Sie werden am Ende jedes Monats in bar zurückbehalten, d. h. von dem nicht als „Kaution“ zurückbehaltenen Gehaltsviertel abgezogen. Dieses Gehaltsviertel beträgt, wie gesagt, 10 M., während die Strafen bis zu 2,50 M. pro Fall hinaufgehen. Noch toller ist die Bestimmung, daß, wer das Haus oder seinen Dienst ohne schriftliche Erlaubnis verläßt oder angeordnete Arbeiten verweigert, oder die Arbeit niederlegt, bei seiner Entlassung neben dem Verlust der „Kaution“ noch als „vertragliche Strafe“ ein Monatsgehalt zu zahlen hat. Eine bare Gehaltsentnahme von monatlich 10 M., Ordnungstrafen bis zu 2,50 M. pro Fall und dann bei der Entlassung noch eine Strafe in Höhe eines Monatsgehals (10 M. oder 40 M.?) - das grenzt doch in der That fast an Wahnsinn!

Wie wenig verlockend muß der Dienst in Bade-Orten sein, wenn zu solchen Mitteln gegriffen werden muß, um die Stellenflucht des Personals zu bekämpfen! Und wie wenig Selbstbewußtsein muß dieses Personal besitzen, wenn eine Kurhausdirektion sich erlauben darf, solche Bedingungen zu stellen!

Ein Mißstand im Militärwesen. Selbst wenn man mit dem heutigen Militärämterwesen im allgemeinen nicht einverstanden ist, so kann man doch nicht billigen, daß innerhalb dieser Einrichtung Mängel bestehen, die unter Umständen für einzelne Personen schwere Nachteile herbeiführen. Ein Fall, der uns unterbreitet wird, zeigt, wie mangelhaft diese Einrichtung ist. Der frühere Bezirksfeldwebel W. beim Bezirkskommando I Berlin verließ den Militärdienst. Bei seinem Abgang wurde ihm durch seine vorgesetzte Behörde der Civilversorgungsschein verweigert. Er legte gegen diese Entscheidung Berufung ein, das Generalkommando des III. Armeekorps wies die Berufung ab mit der Begründung, dem Betroffenen habe der Civilversorgungsschein „wegen dauernder schlechter Führung“ abgeprochen werden müssen. Diese Begründung war für W. ebenso überraschend wie die Veragung des Civilversorgungsscheins selbst. Er machte eine weitere Eingabe an das Kriegsministerium. Er verwies auf die durchweg günstigen Zeugnisse, die er stets erhalten habe. Er führte aus, daß die Behauptung einer „dauernd schlechten Führung“ nicht übereinstimmend mit der Thatfache, daß mit ihm fortwährend Kapitalwert worden sei, daß er im Oktober 1890 zum Sekreten, 1891 zum Unteroffizier, 1894 zum Sergeanten, 1897 zum Bezirksfeldwebel befördert worden sei. Allerdings sei er 1900 standgerichtlich mit sieben Tagen Haft wegen eines außerdienstlichen Vergehens (Weildigung von Civilpersonen) bestraft worden und einmal wegen angeblichen Dienstvergehens mit fünf Tagen geltendem Arrest. Diese Verstrafung mit Arrest war aber zurückzuführen auf das subjektive Vorurteil des Abteilungsvorstehers Oberstleutnants M., desselben, der die Verweigerung des Civilversorgungsscheins verursacht hat. Es kann die Öffentlichkeit nicht interessieren, wie dieser Fall sich in seinen Einzelheiten zugetragen hat, nur so viel sei bemerkt, daß der Oberst die Verstrafung durch Parolebefehl wieder aufheben ließ, weil er sie nicht als gerechtfertigt ansah, und daß erst dann nochmals der Oberstleutnant dringend die Verstrafung verlangte, welchem Verlangen sich der Oberst nicht mehr widersetzen wollte. Der Fall lag also mindestens sehr zweifelhaft. Das sind aber die einzigen Vorkommnisse, wegen deren W. gerügt worden ist. Und unter solchen Umständen hat ihm das Generalkommando den Civilversorgungsschein vorenthalten. Das Kriegsministerium wies ebenfalls die Beschwerde zurück, obgleich es sich genötigt fühlte, die „dauernd schlechte Führung“ im Bescheid des Generalkommandos dahin zu ändern, daß W. „sich nicht fortgesetzt gut geführt“ habe.

W. ist der Ueberzeugung, daß ihm der Civilversorgungsschein, um dessen willen er lange Jahre gedient, zu Unrecht verweigert sei, daß häufig andre Personen den Schein erhalten, welche sich weit mehr zu Schulden haben kommen lassen als er.

Der die weitere Öffentlichkeit interessierende Nebelstand, der hierin zu Tage tritt, ist der, daß die langgedienten Unteroffiziere bei der ihre Lebenszukunft entscheidenden Frage der Erteilung des Civilversorgungsscheins gänzlich abhängig sind von dem beliebigen Ver-

finden eines einzelnen Vorgesetzten. Wenn dieser aus irgendwelchen Gründen unzufrieden ist mit einem in den Civilstand zurücktretenden Unteroffizier, so verlagert er ihm den Civilverordnungschein. Alle Besuche an die Oberbehörden nützen nichts, weil diese kurzer Hand immer wieder auf die Meinung desjenigen zurückgehen, der die Verweigerung zunächst verhängt hat. Es erscheint als ein ganzlich unhaltbarer Zustand, daß das militärische System der vollständigen Abhängigkeit der Untergebenen vom Willen eines Einzelnen auch Anwendung hat auf die Frage des Civilverordnungscheins, in der es sich nicht um eine militärische Dienstfrage handelt, sondern wo das ganze Lebensdasein der betroffenen Personen auf dem Spiel steht. Es ist dringend nötig, daß auf diesem Gebiet größere Rechtsgarantien zum Schutz gegen einseitiges Willkür geschaffen werden. Nach dieser Richtung wählten wir durch Mitteilung des obigen Einzelfalles wirken. Dann wird mancherlei Ungerechtigkeit vermieden werden können.

Oberleitung für die Linie Behrenstraße-Treptow. Die kaiserliche Genehmigung zur Ausführung der Oberleitung auf der von der Firma Siemens u. Halske betriebenen elektrischen Bahn Behrenstraße-Treptow ist nunmehr erteilt und den beteiligten Behörden zugestellt worden. Die Gesellschaft wird mit den Arbeiten zum Ausbau der oberirdischen Stromzuführungs-Anlage bereits in den nächsten Wochen beginnen lassen. Es fällt damit aus dem Berliner Straßenverkehr die erste Linie mit unterirdischer Stromzuführung fort, welche sich während der Dauer ihres Bestehens, sieben Jahre lang, ohne nennenswerte Störung bewährt hat. Der Grund, welcher zur Beseitigung der Unterleitung geführt hat, ist in erster Linie darin zu suchen, daß die viergleisigen Strecken in der Lindenstraße, vor dem Kammergericht, und in der Mauerstraße, vor der Feuerwache, bei dem inzwischen stark angewachsenen Wagenverkehr in den Straßen Berlins eine zu große Störung veranlassen. Die Stadt legt bekanntlich von jeher Gewicht darauf, daß in ihren Straßen möglichst viele Betriebssysteme lange Zeit durchgeprobt wurden und die Unterleitung war gerade eines jener Systeme, die sich technisch selbst unter den schwierigsten Verhältnissen, bei Schnee- und Regenwetter, Ueberführungen u. dergleichen bewährt und die in Bezug auf die Verunstaltung des Straßenbildes zu den idealsten zählen; wenn die Gesellschaft sich trotzdem entschlossen hat, die Oberleitung auf der ganzen Strecke, Behrenstraße-Holmannstraße, einzuführen, so geschah dies aus dem Grunde, weil die Zeitverluste und Unbequemlichkeiten, welche durch wiederholtes, auf kurzen Strecken nötigen Wechsel zwischen Ober- und Unterleitung entstehen würden, vermieden werden. Mit der Einführung der Oberleitung zugleich soll die jetzige Endhaltestelle in der Behrenstraße, Ecke Wilhelmstraße, beseitigt werden; die Bahn wird alsdann unter Vermittlung der Geleise der Großen Berliner Straßenbahn durch die Kanonierstraße und in einer Schleife um das Gebäude der Deutschen Bank herum durch die Mauerstraße geleitet werden. Die neue Haltestelle dürfte nach der Behren- und Mauerstraßen-Ecke verlegt werden, so daß die dort haltenden Wagen von der Wilhelm- und Friedrichstraße aus sichtbar und gleich bequem zugänglich sein werden.

Mit den Arbeiten für die Weiterführung der Untergrundbahn ist bereits begonnen worden, obwohl eine Einigung zwischen den beteiligten Behörden wegen Durchführung der Bahn bis zum Spittelmarkt oder Alexanderplatz noch nicht erreicht worden ist. An der Ecke des Leipziger Platzes und der Leipzigerstraße wird zur Zeit ein Warenhaus-Neubau hergestellt, unter dessen Grundriß die Tunnelbahn entlang geführt werden soll. Zum Zwecke der Verringerung der Kosten wird an dieser Stelle die Bahnlinie schon jetzt fertiggestellt. Die Sohle der Untergrundbahn kommt neun Meter unter der Straßenhöhe und fünf Meter unterhalb der Fundamentlinie zu liegen. Die Ausführung der Arbeiten verursacht jedoch dadurch einige Schwierigkeiten, daß der Grundwasserspiegel an dieser Stelle um fünf Meter gesenkt werden muß. Zu diesem Zwecke ist eine Saugpumpe aufgestellt, welche aus einer großen Zahl angelegter Drüsen das Grundwasser aufsaugt. Die Pumpe, die stündlich 50 Kubikmeter Wasser befördert, ist seit acht Tagen in ununterbrochener Thätigkeit und hat in dieser Zeit den Grundwasserspiegel um 4 1/2 Meter herabgedrückt. Je niedriger der Wasserspiegel liegt, desto stärker wird der Zutritt aus der Umgebung, und in den nächsten Tagen wird eine zweite Pumpe, die das gleiche Quantum Wasser befördert, in Thätigkeit gelangen. Sobald die Niederdrückung des Wasserspiegels um 5 Meter bewirkt ist, voraussichtlich Mitte nächster Woche, wird der Bau des Bahntunnels zur Ausführung kommen. Die Seitenmauern desselben werden ganz besonders stark gebaut werden, da sie die Grundlage für die Fundamente des Hintergebäudes des oben erwähnten Warenhauses bilden werden.

Wegen eines schweren Verbrechens wurde am Mittwochnachmittag der Reindendorferstraße wohnende Arbeiter Dahn festgenommen. Er hatte sich an seiner stährigen Stiefeltochter vergangen. Das Kind wurde in das Paul Gerhardt-Hospital eingeliefert, von wo die Anzeige über den Befund bei der Polizei erfolgte.

Schwer verletzt wurde eine Dreifährige beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen. Die 73 Jahre alte Rentiere Fraulein Schwärzer, in der Lausitzerstr. 16 wohnhaft, benutzte gestern abend den Motorwagen 2988 der Straßenbahnlinie 12 (Ploehense-Görlitzer Bahnhof) und wollte diesen an der Ecke der Wiener- und Lausitzerstraße an der Haltestelle verlassen. Der Schaffner hatte bereits das Haltesignal gegeben und der Fahrer hatte den Wagen angebremst, als Fraulein Schw. trotz der Warnung des Schaffners etwa 5 Meter vor der Haltestelle vom Wagen absprang. Sie stürzte, erlitt einen Schädelbruch und mußte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden.

Erhängt hat sich gestern morgen der 40 Jahre alte Arbeiter Franz Wieda aus der Landberger Allee 52 auf dem Kohlenplatz Landberger Allee 100. Dort befindet sich ein Schuppen im Bau. Ueber die Mauer dieses Schuppens legte er zwei Balken und an diesem erhängte er sich. Als er um 6 Uhr aufgefunden wurde, war er schon tot. Die Tat scheint einen plötzlichen Einfall eines geistig nicht gefunden Mannes darzustellen.

Im Grunewald erschossen hat sich nahe am Bahnhof ein etwa 30 Jahre alter Mann, dessen Person bisher nicht festgestellt werden konnte. Er hat rötliche Haare und Augenbrauen, einen kleinen rötlichen Schnurrbart, eine hohe Stirn, starke Nase, ein rundes Gesicht und ist kräftig gebaut. Seine Kleider bestehen aus einem schwarzen Jackett-Anzug, grauem Ueberzieher, blauen Strümpfen, Manschetten und Vorhemd, einer hellen weispunktierten Arawatie, Schmirzstiefeln und einem grauen Hemd. Ferner wurde vor Zeit I aus der Spruce gefanden ein etwa 54-jähriger Mann mit blondem Haar und Schnurrbart und einer stark behaarten Brust. Seine Augen sind blau. Er trug einen schwarzen Jackett-Anzug, braune Strümpfe und einen gestrichelten Hut. Die Leiche eines dritten Mannes wurde heute morgen im Tegeler Forst am Schießplatz und nicht weit von der Tegeler Chaussee gefunden. Der alte Mann hatte Papiere bei sich, die auf den Schneider Christian Bröder, 69 Jahre alt, aus Molchin i. M. gebürtig, lauten. Nach einer Karte aus der Herberge zur Heimat in der Auguststraße zu schließen, hat er dort vorher Wohnung gehabt.

Aus dem Fenster gestürzt hat sich heute morgen 6 1/2 Uhr eine unbekannt Frau mit hellblonden Haar. Nicht lange vorher bemerkten verschiedene Personen, daß eine etwa 30 Jahre alte Frau durch die Köpferstraße über die Brücke nach der Neuen Köpferstraße ging und das Eckhaus Wallstraße 80/81 zu betreten versuchte. Die Thür war aber verriegelt und die Frau betrat nun das Haus durch den zweiten Eingang Neue Köpferstraße 11. Sie erklomm das dritte Stockwerk und stürzte sich durch das Murenfenster auf den Hof hinab. Hier blieb sie mit geschmetertem Schädel und gebrochenen Gliedern tot liegen und wurde später nach dem Krankenhaus abgeholt. Ein Merkmal am Hals deutet an, daß sie sich vorher zu erhängen versucht hat. Bekleidet war sie mit weißen Schuhen und einem weißen Kleid, so daß sie zweifellos die Nacht hindurch getanzt hat und vom Wallfaal in den Tod gegangen ist. Man fand auch bei ihr einen Haus- und einen Korridorsschlüssel. Die Wäsche trägt das Zeichen E. P.

Aus den Nachbarorten.

Keine „gesicherte Existenz“. Vom Glend der „göttlichen Bestimmung“ giebt wieder einmal einer der interessanten Armenpfleger-Berichte von Charlottenburg ein Bild. Es heißt darin: Die Eheleute R. sind in ihrem Alter von ca. 65 Jahren fast ebenso erwerbsunfähig als ein Kind. Der Mann ist von Beruf ein Maurer, den Wind und Wetter in den langen Jahren seiner Thätigkeit körperlich so heruntergebracht haben, daß er oft wochenlang sich nicht bewegen kann. Der gänzlich geschwächte Körper ist nicht einmal mehr im Stande, Notengänge zu leisten. Niemand, der die kleine schwächliche Person sieht, wird ihm selbst die leichteste Beschäftigung übertragen. Hier ist ein Nebenberuf tatsächlich ausgeschlossen. Frau R. ist körperlich etwas kräftiger, dafür ist aber das Augenlicht so geschwächt, daß sie nennenswerte Arbeiten nicht verrichten und somit nennenswerten Gewinn nicht erzielen kann. Beide Alten sind also lediglich auf die Rente von 14,55 M. und auf die städtische Unterstützung von jezt 25 M. macht 39,55 M., angewiesen. Wenn selbst von dieser Summe nicht einmal die Miete von 24 M. in Abrechnung käme, so müßte für den Tag die Einnahme 1,82 M. für jede Person also 60 Pf. aus. Dafür sollen Nahrung, Kleidung, Licht, Heizung, Seife, Schuhwerk und andre notwendige Kleinigkeiten in der Wirklichkeit, die doch einmal ersetzt werden müssen, zumal bei so alten Leuten, wie sie die R. besitzen, beschafft werden. Da aber die Miete bezahlt werden muß, so bleiben für den Lebensunterhalt für beide Personen nur noch monatlich 16,55 M., macht täglich 52 Pf. für eine Person 26 Pf.

Rixdorf. Der Vierfaher Max Angel, Kaiser Friedrichstraße 5 wohnhaft, wurde von seinem andächtigenden Pferde so unglücklich getroffen, daß ihm die linke Kniekehle total zerschmettert wurde. Nachdem der Bauernswerte in der Unfallstation einen Rotverband erhalten, erfolgte seine Ueberführung nach einer Berliner Klinik. Das Tagesgespräch bildet hier das Verschwinden eines bejahrten Hausbesizers Sch. aus der Bergstraße, der mit seiner Wirtschaftlerin auf Reisen gegangen ist. Der alte Herr beabsichtigte seine Wirtschaftlerin zu heiraten, was seine Kinder jedoch zu hintertreiben suchten. Wahrscheinlich hat das Pärchen einen Absteher nach England unternommen, um sich dort trauen zu lassen. Auf dem Reubau Bergstr. 25 stürzte der Waler Herzog von einem Podest herab, wobei er außer mehreren Kopfverletzungen eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. In der Unfallstation in der Steinmetzstraße wurde dem Verunglückten die erste Hilfe zu teil, worauf er nach einem Berliner Krankenhaus geschafft wurde.

Verfammlungen.

Der Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Mittwoch in den Germania-Sälen seine ordentliche Generalversammlung ab. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Berichterstattung vom Verbandstag, zu der fünf Deputierten bestellt waren, von denen Handlitz, Pawlowitsch, Weiske und Horn sich ihrer Aufgabe entledigten. Lubatsch war jedoch am rechtsseitigen Erscheinen verhindert, und so wurde dessen Bericht wie auch die allgemeine Diskussion über die Gesamtverhandlungen des Verbandstags bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Als eine Folge der Verbandstagsbeschlüsse hatte die Ortsverwaltung folgende notwendige Veränderungen des Ortsstatuts beantragt: 1. Die Streit- und Mahregelungsunterstützung soll in der Regel entsprechend der im Statut festgelegten Dauer gezahlt werden. In außergewöhnlichen Fällen kann die Ortsverwaltung darüber hinausgehen. 2. Die Höhe der Unterstützung bleibt die gleiche wie bisher, und werden die durch Ueberziehung der im Verbandsstatut festgelegten Unterstützungssätze erschwenden Mehrausgaben aus der Lokalfasse gedeckt. 3. Soll der § 4 des Ortsstatuts folgende Fassung erhalten: Zur Deckung außerordentlicher Ausgaben erhebt die Verwaltungsstelle Berlin einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder. Der Beitrag wird mit den ordentlichen Wochenbeiträgen erhoben und ist zu diesem Zweck eine Einheitsmarke von 50 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder eingeführt. Vorstehende Anträge resp. Statutenänderungen wurden einstimmig gutgeheißen. — Zum Schluss erfolgten einige Wahlen. Als Beisitzer der engeren Ortsverwaltung wurden gewählt: Reng und Koritowski, und in die Gesamtleitung des aus 18 Verwaltungsstellen der Umgegend von Berlin neugebildeten dritten Agitationsbezirks, außer dem als Gauleiter fungierenden Bevollmächtigten Cohen, die Verwaltungsmitglieder Plath, Lubatsch, Buschil und Brachwig.

Die Kutsher und Arbeiter der Berliner Wörterwerke waren am 7. Juli im Charlottenburger Volksklub versammelt. Gebert schilderte die Zustände in diesem Betriebe. Nicht nur daß die Löhne recht niedrig sind, es herrscht auch eine so lange Arbeitszeit, daß schon im Interesse der Offentlichkeit hier Wandel geschaffen werden muß. Laut Arbeitsordnung besteht eine Arbeitszeit von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, aber dieses sieht nur auf dem Papier. Früh um 5 Uhr müssen alle Kutsher im Stall sein und abends, wenn dann noch ein Kutsher eine Führe nach Wilmersdorf oder Friezenau bekommt, was sehr oft passiert, kann er von Glück sagen, wenn er um 10 Uhr oder 11 Uhr zurück ist. Der Redner schilderte hierauf die in Nr. 158 des „Vorw.“ mitgeteilte Mahregelung des Kutshers Hagen. Die Versammlung richtet an alle organisierten Arbeiter, besonders aber an alle Vorarbeiter und Handwerker die Bitte, alle dem Verband noch fernstehenden Kollegen an ihre Organisationspflicht zu erinnern. Vom Sonntag, 12. Juli, an sind alle Kutsher und Arbeiter, welche sich der Organisation angeschlossen haben, mit Legitimationskarten versehen und dieselben jederzeit bereit, sich auf den Baulen zu legitimieren. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung erklart in der Entlassung des Kollegen Hagen einen unerhörten Akt der Unternehmlichkeit und erklart, dafür Sorge zu tragen, daß auch der letzte Mann in die Organisation, den Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter eintritt.

Berein ehem. Delsiger. Sonnabend, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung und Reclination in den Königsälen, Neue Königsstr. 25. Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr, Besichtigung des Arbeiterwohnhauses-Museums unter Leitung des Herrn Dr. Kauselien, Charlottenburg, Trauenhoferstraße 11.

Sitzung haben Freitag:

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für Jedermann. Alexandrinenstr. 25. Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 400 Zeilungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Erster Vorsitzender: Julius Meyer, Richterstr. 27. — Erster Kassierer: Seitzel, Fildensstraße 16. — Alle Änderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Gustav Schönthal, Mariannenplatz 18. — Uebungsstunden abends 9 bis 11 Uhr. „Arbeiter-Männerchor“, Bernau, Schneidertstr. 29/31. — „Korb“, Klefke, Brunnenstr. 41. — „Liedführer Männerchor“, Fährtenhof, Köpferstraße 187/88. — „Vereinte Sangesbrüder Noabitz“, Wlars, Fährtenhof 10. „Königsplatz I“, Casse, Andoverstr. 26. — „Gemüthsheit“, Kube, Alte Jakobstr. 38. — „Rheingold“, Feuerfänger, Döblichstr. 4. — „Männer-Sängerbund“, Brandenburg a. N., Mengert, Bergstr. 6. — „Sängerkreis“, Weihensee, Wollermann, König-Chaussee 55. — „Eintracht II“, Eberswalde, Restaurant „Zur Mühle“. — „Neue Zeit“, Schmitz, Brunnenstr. 150. — „Freie Sängervereinigung“, Weihensee, Jann, Köpferstr. 122. — „Arthaus-Stimmenführer Männerchor“, Schulz, Lubenstraße 38. — „Sangesbrüder“, Dr. J. J. Marx, Köpferstr. 8. — „Sängerbund der „Bugler“, Großer, Dirksenstr. 39. — „Rosalia“, Wlars, Königsbergerstr. 34. — „Sängerbund“, Strauener Allee 17. — „Vorw.“, Krüger, Rummelstr. 6. — „Freier Männerchor Nordwest“, Vetter, Dredowstr. 11. — „Freiheit Noabitz“, Fischer, Waldstr. 8. — „Vereinsvereinigung“, Baumhaldenweg, Benzell, Köpferstr. 10. — „Freiheit Nord“, Bils, Schulstr. 76. — „Sangeslust III“, Tempelhof, Adel, Germaniastr. 2. — „Einigkeit II“, Reindendorfer (West), Belthell, Mittelstr. 22. — „Solidarität II“, Weidmann, Wv. Kloster, Kaiser Wilhelmstr. 38. — „Gesellschaft II“, Hennigsdorf, Böhmmer, Köpferstr. — „Vordertranz“, Spal, Weimstr. 28. — „Rixdorfer Männerchor I“, Rixdorf, Rente Bergstr. 137 (Deutsches Wohnhaus). — „Freiheit II“, Adresshof, Rohde, Genossenschafts-Wohnhaus. — „Freiheit III“, Neu-Weihensee, Stegemann, Langhansstr. 136. — „Vorgengrot I“, Rummelsburg, Müller, Länsschmidt- und

Wozarstrassen-Ecke. — „Lerche Sang“, Kleinstr. 62. — „Militärischer Sängerbund“, Jördenstr. 2. — „Sängerclub“, Franke, Jördenstr. 2. — „Katholischer Sängerbund“, Zulauf, Reichenbergerstr. 139. — „Epigraphia“, Kaminhallen, Kommandantenstr. 20. — „Sangesbrüder der Glaser“, Stramm, Ritterstr. 123. — „Sängerbund der „Porzellanarbeiter“, Mollschläger, Mollschlägerstr. 21. — „Kaiserteam“, Schüle, Reichenbergerstr. 96 a. — „Liederkreis II“, Potsdam, Alte Wollstr. 32. — „Erster Mai“, Jungmann, Damsigerstr. 24. — „Vereinte Sangesbrüder“, Boder, Kleine Andoverstr. 15. — „Sängerbund“, Friedberg, Priest, Kronprinzenstr. 48/49. — „Sangeslust“, Schulz, Amiralstr. 18 c. — „Alpenrosen“, Hagenfeld, Bergstr. 62. — „Jugend III“, Nieder-Schönhäuser, Seitelstr., Lindenstr. 1.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Änderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Alfred Kiedelstr., Berlin, Putzbrunnstr. 44. IV. „Germania“, Schmiedchen, Willibald-Klosterstr. 21. — „Probe Stunde“, Schmidt, Alexandrinenstr. 121. — „Brühl“, Krebs, Boedstr. 21. — „Alpenrose“, Reindendorfer, Paul, Justizr. 55. — „Hand in Hand“, Bienenstr. 41. — „Alpenblüte“, Kutschke, Bienenstr. 29 a. — „Grüne Erde II“, Lange, Rixdorf, Gladowitzstr. 33. — „Brüderberg“, Andregg, Weindorferstr. 4. — „Freiheit I“, Seifert, Reindendorferstr. 26. — „Ede Dudenarbeiter“.

Arbeiter-Turnerbund. Adlershof, Arbeiterverein „Vorwärts“, 8-10 Uhr: Turn-Damen-Abteilung, Wöllnits Wegarten.

Sängerbund „Tara“ und gesellige Vereine. Vergnügungs-Verein „Katholischer Verein“, Dönhofsstr. 131. — Theaterverein „Goethe II“, Damsigerstr. 17. — „Katholischer Norden“, Rohde, Justizr. 40. — „Globe“, Verein für Aquarien und Terrarienkunde, jeden Freitag nach dem 1. und 15. des Monats im Restaurant Karl Fischer, Waldstr. 8. — „Schloß „Teich“, Glawe, Alexanderstr. 19. — „Lambourner Wanderlust“, Hoth, Wollstr. 21. — „Sängerbund „Katholischer“, Schmidt, Weidenmünderstr. 65. — „Katholischer Sängerbund „Berlin-Weiß“, Bremerstr. 73/74. — „Arbeiter-Sängerbund „Freiheit“, Hellerstr. 104. — „Arbeiter-Sängerbund „Freiheit“, Michalski, Köpferstr. 1. — „Arbeiter-Sängerbund“, Anfragen an J. Benischel, Neu-Weihensee, Langhansstr. 113. II. Abends 7 1/2 Uhr: „Reptilien“, Volksbadeanstalt, Lammstr. 88 a. — „Gut Rah“, Volksbadeanstalt, Oberbergerstr. — „Schwimmklub „Vorwärts“, Volksbadeanstalt, Schillingstr. 6. — „Hellas“, Volksbadeanstalt, Schillingstr. 6. — „Freiheit“, Volksbadeanstalt, Barmbaderstr. 6.

Verein socialdemokr. Gaskarte. Vorsitzender: Ewald, Schönleinstraße 6. Sitzungen jeden Freitag nach dem 15. des Monats.

Arbeiter-Radsfahrbund „Solidarität“. Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Radfahrer und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW, Waldstr. 8. „Wig“, Streifenstr. 10. — „Fähr Wohl II“, jeden Freitag nach dem 1. u. 15. des Monats. 188. — „Arbeiter-Radsfahrbund „Charlottenburg“, jeden Freitag nach dem 1. und 15. des Monats. 23. — „Concordia“, jeden Freitag nach dem 1. und 15. des Monats. Chaussee, 104. — „Arbeiter-Radsfahrbund „Berlin“, jeden Freitag nach dem 1. und 15. des Monats. Egelstr. 98. — „Gloria“, Schmeibstr. 296 b. — „Frei auf“, Rathau, Dredowstr. 19. — „Frei auf“, Rathenow, Turmplatz 2. — „Arbeiter-Radsfahrbund“, Lettow, Pöling, Seehof.

Vermischtes.

Sturmwetter im Spreewald. Ein in solcher Heftigkeit noch nicht beobachteter Gewittersturm ist Ende der vergangenen Woche über Lübbenau niedergegangen. Fünf Gewitter zogen sich gleichzeitig über der Stadt zusammen und nachts um 1/2 12 Uhr prasselte ein dichter Hagel hernieder, der alle Feldfrüchte zerschmetterte. Noch nie ist dort ein Hagel zur Nachtzeit beobachtet worden. Dem Hagel gefolgt sich ein Orkan oder eine Windstöße bei, die wahrhaft unheimlich gehaht hat. Hunderte von Bäumen wurden gemüht oder mit allen Zweigen aus dem Erdreich gehoben und teilweise auch ein Stück durch die Luft getragen. Die Telegraphendrähte waren von den gestürzten Bäumen zertrümmert, hin und wieder waren auch die Telegraphenstangen umgeworfen. Vom frühesten Morgen an mußten die Bahnarbeiter die Bäume aus dem Wege räumen und die Leitungsdrahte wiederherstellen. Auch eine eiserne Signalstange der Berlin-Görlitzer Eisenbahn wurde aus der Erde gerissen, sogar ein Wärterhaus mit seinem Innleben in die Luft gehoben und dann weit auf den Schienen entlang gerollt, wobei der Beamte verletzt wurde. Am schlimmsten erging es dem Lokomotivschuppen und dem Wagonhofgebäude. Der große, massive Schuppen für ungefähr 15 Waggons wurde an der Südwestseite zertrümmert. Das Dach und Gerüst wurde fortgerissen, auch Teile der steinernen Wand eingedrückt. Um nicht erschlagen zu werden, flüchteten die Beamten unter die Lokomotiven. Vom Wagonhofgebäude selbst wurde ein Teil des Daches und Gerüsts fortgerissen und fünfzig Meter weit über die Chaussee getragen. Auch das Dach der Kirche ist arg beschädigt worden. Der größte Teil der Ernte ist vernichtet. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu beklagen.

Eine durchgegangene Dampfmaschine. Auf der Straße von Deusen nach Tetschen befand sich dieser Tage eine 15 Tonnen schwere Dampfstrahlmaschine mit Gerate- und Sprigwagen. Die Maschine, von dem Führer Dinneber und einem Heizer begleitet, kam abends in Tetschen, eine halbe Stunde vor Tetschen, an, und man wollte im Gasthaus „Zur Anstalt“ übernachten, um am andern Morgen zum Bahnhof zu fahren. Die Straße fällt hier ziemlich steil ab. Der Führer wollte die Maschine noch etwas auf die Seite der Straße lenken, damit Raum für durchfahrende Fuhrwerke vorhanden sei. Er hatte dabei das Unglück, die Herrschaft über den Stok zu verlieren. Mit Schreden sahen die Dirsleute und Gäste, wie sich die Dampfmaschine infolge ihrer Schwere auf dem abwärtsigen Terrain in rasche Bewegung setzte, die sich in wenigen Minuten in einen automobilenartigen rasenden Lauf verwandelte. Mit donnerndem Getöse schob die Maschine mit dem Führer und der angehängte Wagon mit dem zweiten Manne die steile Straße hinab, wobei der Erbhoben hefte. Die beiden Männer hielt man für verloren. Zum Glück hatte der Maschinenführer die Geistesgegenwart nicht ganz verloren und er sahnte den Entschluß, um größeres Unglück zu verhindern, die Maschine womöglich zur Seite in den Straßengraben zu lenken. Mit großer Anstrengung steuerte er zur Seite und mit ungeheurer Gewalt bohrte sich die Maschine im Straßengraben tief ins Erdreich ein. Mit dem Borderteil stieß sie an einen starken Apfelbaum, der halb umgelegt wurde; dabei löste sich der vordere Walzenlinder vom Stumpf der Maschine, wobei ein 15 Centimeter starker Bolzen, der den Walzenlinder mit dem Körper der Maschine vorn verbindet und beweglich ist, zerbrochen wurde. Ein starker Pfahnbau wurde zerbrochen, ein Dienbaum beschädigt. Die beiden Männer, welche die graufige Fahrt mitmachten, blieben ohne Schaden und sind mit der Aufregung und dem Schreden davon gekommen.

Leuberg, 9. Juli. Gestern wütete hier ein fürchterlicher Orkan, welcher enormen Schaden anrichtete. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt und eine große Anzahl von Personen durch herabstürzende Ziegelsteine erheblich verwundet. Auch ein Leitungsdraht der elektrischen Straßenbahn wurde zertrüht, wobei 2 Personen erhebliche Brandwunden erlitten.

Wetter-Prognose für Freitag, den 10. Juli 1903. Ein wenig wärmer, vorherrschend wolfig bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion.

Hg., Müllerstraße. Ueber den im zweiten Band zweiter Teil Seite 163 des „Vorw.“ zu findenden Darlehenslisten wären noch zu nennen: Bürger-Verwaltungs-Ausschuß, Große Bräuenstr. 7, nachmittags 4-6, und Nikolai-Stiftung, Berliner Rathaus. — **G. M. 100.** Rügenau bei der Radwahl 1895; sonst nie. — **J. S. Vorsheim.** Sie haben recht; alles lautet Schmidt. — **Görlitzer Bahnhof.** Wir sind leider nicht in der Lage, mit einer Adresse dienen zu können; vielleicht erfahren Sie näheres durch die „Vereinte Volksstimme“, Breslau, Neue Graubenerstr. 6. — **R. S., Dreyerstr.** Vor einigen Jahren ließ der Bekher deselben den Verkehr, so weit er sich nicht auf öffentliche Wege bezieht, sperren. — **S. D. 76.** Rein. — **S. M. 120.** Selbständige Bataillone, wie Jäger-Bataillone uhm, haben eigene Musik. Ausnahmsweise tritt dies auch bei solchen, welche einem Regimentsverband angehören, zu; in welchem Umfange können wir nicht feststellen. — **Scholz, Fichtelstraße.** Internationale Ausstellung Paris 1900. — **Natur.** Wir sind wohl befreit, die gelistete Größe der betreffenden zu erfahren, ihre körperliche Größe interessiert uns weniger. — **A. M. 28.** Und nicht bekannt. — **Notum.** 1. Reht. 2. Ein solches Verzeichnis ist bis jetzt nicht publiziert, vielleicht durch die Verrentenliste der einzelnen Kreise erhältlich. 3. Ja, Zeitgeist des deutsch-nationalistischen Bureau. — **Salm, Brunnenstraße.** Zustimmung genügt. Bitte wiederholen Sie die Frage.

W. R. Schmitt. 1. Berliner Handwerker-Zust. Postkass. für Buchbinder. Unterstr. 97. — R. B. 200. 1. Richtig im juristischen Teil. 2. Raderstraße 6E. — R. St. Hamburger 'Ego', Zehlendorferstr. 11.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

100. Ihr Sohn ist nach Ihrer Verfügung als Nachfolger aufgezogen. Er kann jederzeit einberufen werden. Ihrer Reklamation ist nicht stattgegeben. — C. B. 27. 1. Die Frage ist freilich; legen Sie Beschwerde ein. 2. Lohn ist zu zahlen. Zuständig ist das Berliner Gewerbegericht, weil nach § 27 sowohl das Gewerbegericht zuständig ist, in dessen Bezirk die freiwillige Verpflichtung zu erfüllen ist, wie das, in dessen Bezirk sich die gewerbliche Niederlassung befindet, wie endlich das, in dem beide Parteien ihren Wohnort haben. — R. B. 12. Der Prozeß geht weiter. Die betreffende sollte Bewilligung des Armenrechtes auch für die zweite Instanz beantragen. — R. B. 386. Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig. Das Bürgerliche Gesetzbuch können Sie in jeder öffentlichen Bibliothek einsehen. — R. B. Es kann jeder Betrag vereinbart werden. — R. B. 3. Jansohl. — G. B. Die Vollstreckung einer auf Festungs- oder Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren erlassenen Strafe verfährt mit Ablauf von 5 Jahren seit der Rechtskraft des Urteils. Jede gegen den Täter wegen der Straftat gerichtete Handlung des Richters unterbricht die Verjährung. — R. 100. 1. Die Kosten hat der unterliegende Teil zu tragen. Kläger hat aber Vorsicht zu leisten. Das persönliche Erscheinen beider Parteien kann in Vermeidungslagen verlangt werden. 2. Sie thun gut, die Schriften von Laßalle, Engels, Marx, die Geschichte des Sozialismus und die in der Internationalen Bibliothek (Verlag Dietz) und in der sozialdemokratischen Bibliothek erschienenen Bücher zu studieren und geschichtliche, philosophische und nationalökonomische Vorlesungen zu belegen. — Zwei Streitende.

In einer Wiederholung der bereits im Juni Aben erteilten Antwort liegt keine Veranlassung vor. — R. B. 24. 000. 1. und 2. Kein. 3. Ja. — R. B. 47. Bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres bedürfen eheliche Kinder der Einwilligung des Vaters, uneheliche der Einwilligung der Mutter zur Eheschließung. Eine weibliche Person darf nicht vor Vollendung des 16. Lebensjahres eine Ehe eingehen, doch kann ihr Befreiung von dieser Vorschrift bewilligt werden. Kannlich Personen müssen volljährig (also 21 Jahre) oder für volljährig erklärt sein (also mindestens 18 Jahre alt sein), um eine Ehe eingehen zu können. Wird die elterliche Einwilligung einem für volljährig erklärten Kinde verweigert, so kann das Kind Ergänzung der Einwilligung beim Vormundschaftsgericht beantragen. Sonst giebt es kein Mittel gegen Verweigerung der Einwilligung als abwarten. — R. B. Schriftlicher. R. B. 100. R. B. Kein. — Anna 100. 1. Verhält sich die Sache, wie Sie angeben, so haben Sie das Recht, Zurückzahlung zu verlangen und können sich mit Erfolg beschweren, weil die Klage verjährt sein würde. 2. Wenden Sie sich direkt an ein Krankenhaus. — R. B. Zur Versicherung von Scheiden ist niemand verpflichtet. Zum Erlaß der durch Unfall verursachten Scheiden ist der Bitt verpflichtet, falls nicht diese Verpflichtung durch den Richter kontraktlich übernommen ist. Diese Übernahme bildet in Berlin die Regel. — R. B. 34. Ist im Verträge nichts Bestimmtes vereinbart, so ist der Mieter verpflichtet, zu angemessener Zeit die Wohnung durch Miethlingsbefähigten zu lassen. Als angemessen wird in Berlin die Zeit von 9-5 erachtet. Im Streitfall entscheidet das Gericht. Der Mieter muß die Befähigung ermitteln, also eventuell dem Bitt die Schlüssel übergeben. — R. B. 666. 1. Ja. 2. Nein. — R. B. 46. Kein. — R. B. 780. Wird ein Verlobnis durch Uebereinkommen aufgehoben, so kann jeder Verlobte von dem andern die Herausgabe seiner Verlobnisgegenstände (z. B. Ringe, Photographien) und seiner Verlobung verlangen. Ist das Geschenk nicht mehr vorhanden, so kann man seinen Erlaß dafür verlangen. Der Anspruch auf Rückforderung verfährt in 2 Jahren seit dem

Nichttritt. Keineswegs kann in Ihrem Falle Ihr Verlobter Geld an Stelle der Uhr verlangen. — R. B. Die Erbschaftsteuer ist zu zahlen. Lohnabzug wegen Erbschaftsteuer ist unzulässig. — R. B. 104. Kein; es müssen mindestens 200 Markten gestellt sein. — R. B. 200. Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz tritt erst mit dem 1. Januar in Kraft. Ihre Rechte ergeben sich aus dem Statut Ihrer Kaffe. — S. 1863. 1. Ihre Tochter soll schuldlos gegen den Straßendiebstahlversuch erheben. Die Rechtslage ist für Ihre Tochter freilich ungünstig. Das das Rückforderungsrecht ausläßt, so ist nach herrschender Rechtsprechung die Polizei berechtigt, die Rückkehr des Gejindes durch Verhaftung zu erzwingen. Das Gejinde thut in der Regel gut, diesem Befehle, dem durch Geldbuße und polizeilichen Zwang nachdruck gegeben werden könnte, Folge zu leisten und sofort wieder den Dienst zu verlassen. Eine abermalige Zurückführung ist auch nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts unzulässig. In Ihrem Falle braucht Ihre Tochter jetzt nicht mehr zurückzukehren, da der Vertrag nunmehr sein Ende erreicht hat. In dem Strafverfahren wegen Verlassens des Dienstes ohne Grund wird zwar voraussichtlich Ihre Tochter unterliegen. Es ist zu dem Antrag auf richterliche Entlassung aber zu raten, damit das Verbalten des praktischen Verizes durch die öffentliche Verhandlung allgemeiner bekannt wird. 2. Contrahieren Sie unter Klarstellung des Sachverhalts bei der Staatsanwaltschaft Verstrafung des Arztes sowohl wegen Mißhandlung und Beleidigung Ihrer Tochter wie wegen der rechtswidrigen Abgabe. Es darf der Arbeitgeber nur die auf zwei Lohnperioden (in Ihrem Falle also auf 1/2 Jahr) entfallenden Arbeitsentlohnung vom Lohn abziehen. Zuwiderhandlungen hiergegen sind strafbar, wenn sie in rechtswidriger Absicht vorgenommen sind. Außerdem können Sie den infolge zu hoher Wäge nicht gezahlten Teil des Lohnes einlagen. Ist Ihre Tochter über 21 Jahre alt, so muß Sie den Strafvermerk wegen Beleidigung selbst stellen. Wegen der Schlägereien muß innerhalb drei Monaten, nachdem der Strafvermerk gestellt wurde, von demselben Kenntnis erhalten hat, Strafvermerk gestellt werden.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für die Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 10. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Die Fledermaus.
Weiten. 100 000 Thaler.
Central. Pitt und Pödel.
Anfang 8 Uhr:
Berliner. Cavalleria rusticana.
Thalia. Das Alter.
Kleines. Nachtschl.
Selle. Alliance. Die 365min. oder: Jutta.
Carl Welt. Das Geheimnis des roten Hauses.
Hypolis. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Allermeistes! Reichshallen. Stettiner Säng. Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sabalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstraße 57/62.
Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
König von Serbien
Neu! Peter I. Neu!
König Alexander.
Königin Draga.
Sprunzweil.
das anatom. Rätsel, kürzlich unter Prof. R. Virchow.
Promenaden-Konzert.
Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Carla Lingen
in ihrem Repertoire.
Oskar Saldow, Humorist.
Erna Koschel.
Josephine Delciseur.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über AGA!
die schwebende Jungfrau!
14 erstklassige Nummern.

WINTERGARTEN
Lezte Vorführungen
des
glänzenden Juliprogramms
Schluss
der Saison
15. Juli 1903.
Sanssouci.
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Säng. 
Anfang: Sonntags
Kong. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Wochentags:
Kong. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt., Mont. u. Donnerst.
nach der Sotree: Tanz.

Schweizer-Garten
am Königsfor, am Friedrichshain.
Täglich: Theater und
Artisten-Vorstellung,
Ball und Volkstheater.
Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Zum erstenmal in Berlin:
Die lebende Mühle.
Sensationsgymnastik der Familie
Szemanovic.
Abends: Die neue Firma.
Ausstattungsstücke u. Gef. in 2 Bildern.
Diez' Specialitäten-Theater
Landshöcker Allee 76-77
(Hauptbahnh.-Station).
Oh schön! Oh Regen!
Täglich das anerkannteste
Riesen-Juli-Programm!
Gehr. Bollong, Senard & Borond.
Metz, Terolis, Elsa & Paul.
Jaschek, Duska's Bioskop u. c.
Sonntags, Sonntag u. Montag:
Tanz.
Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.
W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 10.
8 1/2 Uhr:
Titus Feuerfuchs
der Mann mit den 4 Köpfen.
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.
Ostbahn-Park.
Am Küstrinplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und Specialitäten-
Vorstellung.
Grossmanns Konzert-Garten,
SW., Kreuzbergstr. 48.
Freitags:
Norddeutsche
Sänger.
Montags:
Damburger
Sänger.
Bei ungünstiger
Witter: Saal.
Kaffee:
Kranzchen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Dienste, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
Sitzung der Ortsverwaltung.
Sonntag, 12. Juli, vorm. 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Branchen-Versammlung der Bautischler.
Tages-Ordnung: Bericht des Obmannes, Diskussion.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.
Achtung! Einsetzer! Achtung!
Sonntag, den 12. Juli, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die Bezirks-Sitzungen statt.
Die Billets zur Dampferpartie werden dort ausgegeben.
Montagabend: Kommissions-Sitzung.
Die Kommission.
8 1/2 Uhr:
Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. — Fernsprecher: Amt VII, 353.
Am Sonnabend, den 11. Juli 1903, macht die Eisenmöbel-Fabrik von Schulz, Hasenheide 9, eine
Dampferpartie.
Abfahrt früh 7 1/2 Uhr von der Jannowbrücke (Schildberg-Ausgang).
Die Fahrt geht nach Ziegenhals-Rieder-See.
Wer möchte Herrn Schulz ersuchen, aus Gründen, die hier auf der Hand liegen, zwei Dampfer zu nehmen.
118/15 Die Ortsverwaltung.
Verband der Bauanschläger Deutschlands.
Ortsgruppe Berlin.
Sonntag, den 12. Juli, vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstraße 20,
bei Koch:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Organisationsfrage. 2. Verbandangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.
35/14
Tischler-Verein zu Berlin.
Sonntags, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Reichsplatz 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Kasierbericht vom 2. Quartal. 2. Bericht der Bibliothekare. 3. Wahl eines Bibliothekars. 4. Vereinsangelegenheiten.
Das Mitgliedsbuch legitimiert. [1902] Der Vorstand.
Achtung! Fahrstuhlarbeiter. Achtung!
Sonntag, den 12. Juli 1903, vormittags 10 Uhr, im Lokal von
O. Bauer, Krautstraße 6:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten.
Gäste haben Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vertrauensmann.
39/1

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Zum 52. Male:
Das Geheimnis des roten Hauses.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagmorgen 3 Uhr, Parterre 60 Pf.:
Othello, der Mohr von Venedig.
Im Garten: Konzert, Theater und neues Specialitäten-Programm. 5 Uhr.

BOLOGNISCHER GARTEN
Heute u. folgende Tage
ab 5 Uhr nachm. Doppel-Konzert.
Entree 1 Mk., ab 6 Uhr
abends 50 Pf., Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des
Signor Vincenzo Ferraro.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: Tanz.
Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Grosses Konzert,
Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Liedle Solist:
„Berlin auf Stelzen“.
Sascha, der preisgekrönte Opern-Sänger.
Anfang 4 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Dolmarstr. 72. Ede Alexanderstr.
Tägl. im herrl. Garten: Tägl.
Grossart. Programm.
Ely Dollasey, Eugen Milano, Mac
Harry Trio, Miss Bella Field, Lola
u. Paulo Delbos, Rud. Schapp.
Rittmoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Grossmanns Konzert-Garten,
SW., Kreuzbergstr. 48.
Freitags:
Norddeutsche
Sänger.
Montags:
Damburger
Sänger.
Bei ungünstiger
Witter: Saal.
Kaffee:
Kranzchen.

Apollo-Theater.
Täglich:
Die Liebes-Insel.
Der Kosmogroph: Neue Bilder-Serie.
George Oranis Burleske-Pantomime
(Der arme Onkel u. Yvette).
Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Zum 189. Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzendes Ballet. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Direktion: M. Kalbo.
Freitag, den 10. Juli:
Venus für die Kapellmeister
Rück. Wahnecke u. Rub. Serjen.
Das Bild der Mutter
Ballett mit Gesang und Tanz in
3 Akten von H. Seelen u. D. Richter.
Konzert und Ball. Außerdem das neue
Juli-Attraktions-Programm.
Affenstreiche
große Pantomime der Gellin-Truppe.
Anf. 4 Uhr. Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.

Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker“, Anhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosses Theater-Specialitäten-Vorstellung.**
Nielenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champagne: Grosser BALL.
Illumination der Fontaine luminous. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: Grosses Monstre-Elite-Feuerwerk u. Doppelkonzert.
Jeden Sonntag: Grosses **DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeehaus. — Vollbelustigungen aller Art.

Westend-Charlottenburg.
„Zur Hoftrappe“, Spandauer Berg.
Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.
Hauptstelle der Straßenbahn.
Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz.
Kaffeehaus ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Es ladet ergebenst ein
Karl Klambunde.

Max Klien's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Schriftliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich:
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten
Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regeldampfer, Würfelbuden, Korbvoret, Blumenstand u.
In den Säen: Familien-Kränzchen.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
Helmische Erfolg:
In der Klemme!
Sommerfest von Reichel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater
früher Puhmann.
Schönhauser Allee 138.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Dienste, sowie täglich:
Grosser Familien-Spielabend
des völlig neuen
Riesen-Juli-Spielplans.
Guge Schütz x Fredsch
The Firm x Gabel-Truppe
Koffee x Escaradio.
Um 8 Uhr: Das bis jetzt unerreicht
hoheliebende Gesangs-Ballett
Licht und Schatten
mit Arthur Müller vom Thalia-
Theater als Gast.
Im Saal: Grosser Ball.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Socialdemokratischer Wahlverein.
Sonntag, den 12. Juli 1903
von nachmittags 4 Uhr ab:
Konzert. — Gesangs-vorträge.
Entree 20 Pf. — Tanz 50 Pf. — Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
[15/11] Der Vorstand.

Bergschloss-Restaurant
Waidmannslust.
Schönstes Lokal
an der Nordbahn.
5000 Personen fassend.
Allen Vereinen und Gesellschaften
höflich empfohlen.
13219
Ferdinand Müller.

Schöneberg
Sonntag, den 12. Juli 1903
von nachmittags 4 Uhr ab:
Konzert. — Gesangs-vorträge.
Entree 20 Pf. — Tanz 50 Pf. — Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
[15/11] Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 9. Juli, früh 5 Uhr, verschied sanft nach kurzem, jenem Leiden unter innigster Liebe Vater, Schwieger- und Großvater, der Gürtler **Robert Zöllner** im 84. Lebensjahre. 24875
Im Namen der Hinterbliebenen Geschwister Zöllner, Landsberger Allee 147.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Luisenparkhofs, Bergmannstr. 48/50, aus statt.

Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 8. Juli verstorbenen Steinbruders **Julius Metzenthin** findet am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Elisabeth-Gemeinde (Gefundbrunnen), Reitzenhagenstr. 10, aus statt. 24936
Das Komitee.

Schmidts Zahn-Institut
Moritzplatz, Haus Café Aschinger. **Amerik. Zähne v. S. M. an.** Schmerzloses Zahnziehen, Kambieren, Wurzeln u. Gewirchhalten u. Wurzeln 10 Proz. Rabatt.

Kopfläuse nebst Brut verschwinden sofort! Unschädlich, Erfolg überraschend. In Drogerien 50 Pfg. **Puff!**

Freibank für den Gemeinde-Bezirk Berlin.
Die Eröffnung der Freibank-Zweigstelle in der Grünhalerstrasse 3/4 findet nunmehr am **Montag, den 13. Juli 1903** statt. Verkaufszeit dortselbst wochentäglich von 8-12 Uhr vormittags und von 3-8 Uhr nachmittags.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter Berlins. (S. S. Nr. 50.) [24796]
Samstag, den 19. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11: General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1903. 2. Änderung des § 8 des Statuts gemäß den neuen Bestimmungen der Krankenversicherung-Novelle von 1903. Geschäftliches.
Der Vorstand, H. A.: Gust. Busso.

Mieter- u. Bauverein „Selbsthilfe“ zu Berlin.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation. Die Genossenschaft ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 31. März 1903 aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden. 127/19*
Die Liquidatoren:
Richard Rehbohn, Wilhelm Röder, Wilhelm Brand.

Konsum-Verein „Weissenhof“.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation. Die Generalversammlungen vom 16. und 25. September 1902 haben zwecks Einschusses an die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung einstimmig die Liquidation unseres Vereins beschlossen.
Auf Grund des § 82 des Genossenschaftsgesetzes fordern wir alle diejenigen, welche Ansprüche an obgenannte Genossenschaft zu stellen haben, auf, solche in unserer Geschäftsstelle, Neu-Weigenzer, Friedrichstr. 12, unverzüglich geltend zu machen.
Die Liquidatoren: 128/1
Hermann Nerlich, Karl Langnor, Wilhelm Schütz.
Für den Aufsichtsrat: Fritz Kahn.

Houig! Inverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, versch. die 10 Pfundbottle zu 7,00 Mk., 5 Pfund 4,90 Mk. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Auguststr. 10, Ostendg.

Künstl. Zähne, tadellose Ausführung
von 3 Mk. an, Plomben von 2 Mk. an.
Max Guckel, Lausitzer Platz 2.
Vorzugweise erhält: 4 Mk. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 Mk. unter 20 Mk. 2 Mk. 20512*
Teilhaltung gestattet.

Rixdorf. Parteigenossen!
Die Expedition und Buchhandlung ist vormittags von 9-11 und nachmittags von 1-4 Uhr geschlossen. Abends erfolgt der Ladenschluss um 8 Uhr.
Die Expedition.
Vorwärts - Buchhandlung
SW., Lindenstrasse 69.

Unentbehrlich für Ausflügler!
Spezialarten der näheren Umgebung Berlins.
Vernau-Biergarten, Zante, Vieh- und Wandlitz-See 1,00 Mk.
Sudow am Schermügel-See (Wärtsche Schweiz) nebst Führer 0,75 Mk.
Cöpenick-Friedrichshagen, Woltersdorf, Triner, Edmondsitz, Rönigsmühlentempel, Wittenmoor 0,75 Mk.
Eberstwalde, Frettenwalde-Döberberg 1,25 Mk.
Eberstwalde, Jagdschloß Hüberrück, Hof, Kloster Chorin 1,00 Mk.
Frettenwalde und nächste Umgebung nebst Führer 1,00 Mk.
Frettenwalde, Brägen, Oderberg 1,00 Mk.
Grünwald und westliche Gegend Berlins 1,00 Mk.
Potsdam, Stadtplan mit nächster Umgebung nebst Tourenverzeichnis 0,75 Mk.
Potsdam und Werder 1,00 Mk.
Spreewald in praktischem Tourenführer 0,75 Mk.
Straußberg und der Blumenthal 1,00 Mk.
Tegel - Heiligensee, Schlagsdorf, Seemühl, Havelberg und Tadelnsee 0,75 Mk.
Ferner empfehlen als sehr praktisch **Taschenatlas von Berlin und Umgebung**, enthaltend 21 Karten und Pläne mit Führer, leichthandlicher Format 2,00 Mk.
Wanderbuch für die Mark Brandenburg, 3 Bände, Zusammen 5,00 Mk.
I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umschließt die Gegend von Potsdam, Spandau, Oranienburg, Königs-Wusterhausen 1,50 Mk.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 1,50 Mk.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberstwalde, Prenzlau a. O., Schwedt, Küstzin, Labden, Spreewald, Kusstau 2,00 Mk.
Diese Wanderbücher bieten prachtvolle Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater.

Engros. Reellste Fabrikate. — Konkurrenzlos billig. Export.
Wegen bevorstehender Verlegung unserer Verkaufs-Räume müssen die Lagerbestände möglichst geräumt werden und verkaufen wir zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Tom Morton 1000 Stück 40 Mk.
Jetzt ermäßigte Preise pro 100 Stück:
Trifoglio, Sumatra Regalia M. 2,40 Hav. Star, Regalia M. 3,60 Crema de Cuba, zarter Deli M. 4,65
Goldoso, Sumatra Book 3,— Sta. Clara, Vorstentlanden 3,75 St. Andres Mexico, vorsort. 4,50
Tadellos, Torpedo 3,25 Rio Centas, mild 4,10 Lopez, Victoria Grando 6,—
Nicht unter 100 Stück von einer Marke. — 300 Stück portofrei unter Nachnahme. — Nichtkonventionelles erblitten zurück. — Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 Proz., bei 1000 Stück 6 Proz. Rabatt.
Belleza, Dell mit Havana in der Einlage, mild u. feinschmelzig, 100 Stück 5,—
Façon wie obige Abbildung, 100 Stück 5,—
Cigarren-Engros-Lager, Berlin, Unter den Linden 20, Hof 1.
Lieferanten für Casinos, Kantinen und Genossenschaften.
Seltene günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer und Konsumenten.
Preisliste franco.

Carl Schmidt, BÜSTEN-FABRIK, BERLIN W., Taubenstr. 23.
empfiehlt seine weltberühmten **Stoffbüsten** für jede Körperform. Figur wie nebenstehend von 7 Mk. bis 50 Mk. Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme. **Katalog V gratis und franco.**
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 4061*

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Quadenstr. 160. Filialen: Potsdamerstr. 35, Tauentzienstr. 7a a. d. Bülowstr. 18, Belle-Alliancestr. 107, Reimsdorferstr. 20, Brunnenstr. 92.
Bettten und Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene.
8, 12, 15-90 Mk.
10, 15, 21-75 Mk.
Teilhaltung gestattet. Bei größeren Mengen Kassapreise. Liefer. des Post-Spar- u. Vorspar-Vereins von 22,50 Mk. an.

Blutarme, Schwächliche und Genesende trinken
Santa Rosa feurig süßer Rotwein a Fl. 1,40 u. 1,90 Mk. oder 2000L*
Afrikanischen Blutwein kräftiger, herber Rotwein a Fl. 1,25 Mk.
Käuflich in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von **Hermann Meyer & Co., Watterstrasse 11/12.**

Junge Gänse von 3,50 an.
Junge Enten von 2,00 an
Fette Suppenhühner 1,50
Junge Brathühner 0,60
Junge Tauben.
Ausgeschlachtete Gänse.
Prima Gänserümpfe Stück 3,50, grosse 4,00.
Halbe Gänserümpfe Stück 1,75.
Reine Gänseleber Pfund 0,90 Pf.
Darmfett Pfund 0,50, Gänseklein 0,75 Pf.
Lebern Stück 30 Pf. 2007L
Albert Schulze, Frankfurter Allee 112.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Kleine Anzeigen. Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Kleines Schattengeschäft wegen andern Unternehmens verkauft zum Bestenpreis 24425*
Partielltotal, Notgedrungen, sofort billig zu verkaufen. Witwe Ida Rohde, Hochstrasse 30. 24106*
Bahnhof Widan, bei Reutberg, Hohenlehma, Schwarzhof, Güter, Hochgelegene, prachtvolle Baustellen, Aule 20 Karat, ohne Anzahlung, nur binnen 10 Jahre fest. Vermittler erhalten 20 Mark Abschlags-Branche. Dornblatt, Gostwitz, Hohenlehma. 17012*Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 197*
**Herrenanzüge, Sommerpaletots, Reinfelder, zuzuschneide hochmodern (sofort billig). Deutsches Verleandhaus Fägerstr. 63, 1. Trepp. 24425*
Nach die Sonntagsmorgens sind am besten und billigsten bei Schlegler, Turmstr. 85. 17422*
**Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Echtes 95 Fennige. Bestes Material enorm billig. Kaufhaus, Compote Kaiserstr. 25A, früher Barnimstr. 4 und 5. Sonntag geöffnet. 17422*
Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Baum, Paderstr. Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2*Spezialbillig** Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Vorhänge, Mäße, Anzüge, Remonturarbeiten, Uhrketten, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder, Leihhaus Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 17422*
**Steppdecken, preisbillig, fabric Weinstr. 20. 197*Möbel auf Teilzahlung, auch ohne Anzahlung ganze Wohnungs-Umrichtungen liefert die Möbel-Fabrik U. Krause, Schützenstr. 72. (Rein Ledergeschäft). 16998*
Teppiche mit Farbenlehren fabric niedrigerlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 197***Nähmaschinen! Kinghoff, Adler, Central-Bobbin, Orion, Lambdowler-Becker u. Wilson, Clatic, Säulen, u. a. m. Prima Qualität, solide und elegante Ausstattung, Preise billig, bei Abzahlung konstante Bedingungen. Drei Jahre volle Garantie. U. Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. Alle Maschinen nehmen in Zahlung. 17252***Verantwortlicher Redakteur: Carl Reid in Berlin. Für den Informaten verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.**************

Fahrräder, Teilzahlungen. 125 Mark, Invalidenstr. 143, Stollstr. 40. 16912*
Nähmaschinen, Fahrräder, gebrauchte, nagelneue, Maschinen, leicht, preisbillig. Pfandleihanst., Seidelstr. 20. 23835
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Kinghoff'schen, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. U. Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. Alle Maschinen nehmen in Zahlung. 17272*
Gavannierinlage, Reifdraht und Sumatradrad für 3,20 das Hundert offeriert ein leistungsfähiger Cigarrenfabrikant an Händler. Oberlin L. 4 Expedition. 24156*
Wönig, Haarfarbe-Wiederhersteller, unbedenklich, Probeflaschen 50 Pf. Charlottenstr. 3, parterre. 24156*
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verleandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 17182*
Steppdecken billig fabric Große Frankfurterstr. 9, parterre. 197*
Papagen aus erster Hand von Hamburg eingetroffen, jung, sprechend, singend, auch Tanz, Romanzantantenstr. 52, Restaurant. 1074*
Schleierschwärze, diesjährige, verkauft Schläper, Kaunstr. 88.
Techniker, Bautechniker, Maschinenbauer, Elektrotechniker erhalten Spezialwerte (Monatsraten 3,00). Buchhandlung „Welt“, Wilmersdorf. 24922
Vanecllova, Salon Garnitur, Truemeu, Chaiselongue, Tischssofa Romanzantantenstr. 40 I. 10/1
Junger Mann verkauft gestohene Säulenmöbel für jeden Preis unentbehrlich sofort. Kaufhaus Restaurant Bergstr. 2. 10/2
Gedestillation, passend für bekannten Parteilgenossen, schönes Lokal, günstige Lage, nahe Kottbuser Thor, kann besonderer Umstände halber sofort übernommen werden. Preis 2500 Mark exklusive Ware, erforderlich sind jedoch nur 1000 Mark bar. Offerten Postamt 28 A. 22. 766
Restaurant (Café) am Bahnhof: Karloff-Engel-Ausflug, Strohmärkt, schöne Wohnung, für jüngere Leute passend, freizeitshalber veräußern. Näheres Gollnowstr. 26, Cigarren-geschäft.

Verschiedenes.
Kleines Geschäft, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstr. 60/61, Brenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 197*
Restaurations-Kaufgegenstände, elektrische fabric im Hause Berlin und volle Konzeption zu verkaufen. Kaufhaus erteilt Berger, Gollnowstr. 26. 115
Restaurant Wilmersdorf, mit allen für Dritteln der Kostenstr. 160 I.
Wäsche-Geschäft wegen andern anderer Straßens zu verkaufen. Wilmersdorf, Marktstr. 23. 9/20*
Restaurations, gutgehend, preiswert zu verkaufen, Waldemarstr. 36.
Ich erntete Frau Freitag als eine anhängliche Frau. E. Engel. 24855
Zeichale, lesen 5 Pf. Schausstr. 121. 24055
Unfallfassen, Rechtsbureau Burger, Steglitzerstr. fünfundsiebzig (17900)*
Rechtsbureau Reich, Brunnenstr. 27. 17358*
Rechtsbureau, langjährige Erfolg! Berliner Weg vierundzwanzig (Königsplatz), Gerichtsbeistand, Abgabengeld, Materiel. 24806*
Stellengesuche, Büttelgasse fertig 8 bis 9. 23926*
Patentanwalt Dammann, Dammannstr. 57, Moritzplatz, bis abends neun. 24615*
Zahnärzten beiläufig, ohne auszusagen, absolut schmerzlos für immer, unbedingt Erfolg garantierter. Jahr 1,00. Zahnärztlicher Dienst, Wilmersdorf 26, gegenüber Thalia-Theater. *
Rundkopferlei von Frau Kolosko, Eitelstr. 45, Daergerstraße hochparterre.
Betten reinigt täglich, Preis nur 3 Mark. Rekl. Als Fabrikstr. 57.
Fahrradgeschäft, auch best. May-Laff, Schönhauser Allee 163a. 911*
Empfehle allen Genossen meine 40-50 Personen lassenden Festliche mit Bühne und Garten zur gelegigen Benutzung. Beschäftigt ohne Wasserzulaß. Vorzügliche Küche, solide Bedienung. Reich Witte, Brunnenstr. 188, dicht am Kottbuser Thor, Amt III, 6925. 17049*
Bereitschaffter vier, alle Fabrikstr. 119. 17652*

Bereitschaffter zu vergeben Potsdamer Stangendier. Franke Hornbockerstr. 8. 745*
Platina, Gold, Silber, Schiffe, alte Uhren, laßt Groß, Braungelstr. 4. 24856
Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengeld, Materiel, Fall, Brunnenstr. vierzig. 24015*Vermietungen.**
Wohnungen.
Wähnenstr. 8, nahe Bar-
thelmebrücke und Oberbaum, sind zum 1. Oktober fremdbüchliche Wohnungen billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 17372*
Widow, Kaiser Friedrichstr. 85, Ecke Leopoldstr. Wohnungen 3, 2, 1 Zimmer und Küche, Stallungen, Lageräume preiswert zu vermieten. Näheres daselbst. 17142*
Wilmersdorf, Kanistraße 35, Vorderhaus, Kleinwohnung, ganzjährig Markt, sofort. 126/10***Schlafstellen.**
Solide, ebene, leichte Handwerker finden saubere Schlafstellen. Lorenz, Stollstr. 141. 715
Mietgesuche.
Leeres Zimmer mit separatem Eingang vom Hausmeister oder Gattin, schick im dritten Telefon-Bezirk von kleiner Genossenschaft für Bureau und Arbeitszweck gesucht. Offerten unter A. 5 an die Expedition dieses Blattes. 24806
Junger Mann sucht einfach möbliertes Zimmer. Angebote, Preisangabe Ostkap Regal, Prinzenstr. 15, IV. 7114**Arbeitsmarkt.**
Stellengesuche.
Reiseneupfänger, 28 Jahre, sonst rüstig, sucht Beschäftigung. Adressen bitte an Talerow, Weinstr. 45. 17652***

Stellenangebote.
Graber verlangt Fleißhäftig-fabrik A. Ueberle & Co., Kuller-Weier 11.
Tischler wird verlangt, Goldbleichen-lager Köpenickerstr. 100a. 24915
Berufsbereiter auf blaue Leisten, Reimsdorfer, Gollnowstr. 20.
Schuhmacher (Sohlen) verlangt Hellenberg, Weikemeer, Sedanstr. 96.
Knahe, kräftig, wenn auch noch schulpflichtig, auf halben oder ganzen Tag als Lauf- und Arbeitsbursche sucht Buchdrucker Reigolterstr. 15.
Stellenangebote.
Kordmacher, Gesellen verlangt Wilhelm Großmann jun., Trau-Buch-holz, Hauptstr. 70d. 24675*
Kolladen, Kolladen, hochgeschlossene Leinwandhosen - Arbeiterin verlangt Wunderstr. 80 im Laden.
Schulmädchen, nachmittags, 12 bis 14, Barnsdorfer, Erdingerstr. 8.
Suche Mädchen beim Knäde, Quatern, Schillemannstr. 13. 166
Steppenrinnen im Hause verlangt Berger, Gollnowstr. 13/14. 9/18
Geldrinnenverleandhaus-Beitragerin verlangt Blümmel, Füllbuscherstr. 24, III. Wohnungen 6-9 Uhr abends. 9/18
Geldschrank- und Tresorbau.
Wir suchen einen mit den neuesten Konstruktionen unserer Branche vollständig vertrauten, energischen und zuverlässigen
Fachmann als Meister.
Offerten mit Preisanschlägen und Gehaltsansprüchen an **Sommer Meyer & Co., Magdeburg.**
Emulsionär
für Brombitter, Cellulose und Kristalle bei gutem Gehalt, dauernder Stellung im Auslande gesucht. Offerten sub J. S. 1894 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 10/4

Achtung, Holzarbeiter!
Zusatz nach der
Hautschleierei C. Kortum,
Rehdenstr. 21, ist streng fernzuhalten.
Die Ortöverwaltung.
Achtung, Fürsänger!
Zu den bereits beiliegenden 55 Firmen kommen folgende 5 hinzu, so daß jetzt 70 Arbeiter und Arbeiterinnen zu unseren Forderungen beschäftigt werden:
Veisbranche:
Rosenthal & Jacobsohn, Landstr. 23.
A. Marschall, Grotzandstr. 13/14.
H. Klack, Ansbacherstr. 29.
J. Falk, Dragonerstr. 12.
Wähnenbranche:
H. Soujon, Grolnowstr. 217.
Nicht beiliegend haben und infolgedessen gesperrt sind folgende Firmen:
Veisbranche:
E. Naumann, Neussalemerstr. 90.
A. Doll, Niederwallstr. 5.
W. Reinicke, Neue Friedrichstr. 9/10.
Jacob & Landsberger, Wilmersdorfstr. 10.
Wehmann & Co., Eplietmarkt 11.
A. Stillor, Jägerstr. 25.
D. Lowin jun., Neue Friedrichstr. 59.
F. Girke, Potsdamerstr. 111.
Perleberg, Kronenstr. 21.
L. Baschowitz sen., Neue Adolphstr. 85.
Herpich Söhne, Leipzigerstr. 11.
Jankowitz, Potsdamer-Platz 5.
A. S. Segall, Dammstr. 19.
J. Seiler, Alexanderstr. 8a.
Krimm & Baur, Markgrafenstr. 27a.
Carl Salbach, Unter den Linden 67.
Wähnenbranche:
Jollinek, Blumenstr. 79.
W. Nix, Barnimstr. 41a.
J. Hüllbrunn, Neue Adolphstr. 10.
J. Kranig, Reberstr. 33.
Pütter, Reimsdorferstr. 8.
Poltzer, Reberstr. 7.
Für Entschädigung kommen im Lauf dieser Woche folgende Firmen:
Grotzmann, Grotzandstr. 83.
Goldstein Sohn, Alexanderstr. 22.
F. Darne, Reberstr. 15.
F. Müntel, Reimsdorferstr. 13.
Schmidt Nachf. Gehr. Wolf, Reberstr. 1.
Wir erziehen die Kollegen und Kollegen dringend, nur durch unsere Arbeitsnachweise (Reklatur, Marquardt, Wendels) (Reklatur) Arbeit nachzugehen.
Der Vorstand
des Verbandes der Fürsänger Berlins und Umgebungs. 100/7*
J. H.: Grindel, Reberstr.